

Was wir von Indigener Weisheit lernen müssen

_____ **Schwerpunkt:** Uraltes Wissen für eine bessere Zukunft _____ **Meinung:** Ohne Waffenstillstand und ein Ende der Blockade droht der Zusammenbruch jeglicher öffentlichen Ordnung in Gaza _____

Meinung: Trumps Zollwahn wird die Wirtschaftskrisen im Globalen Süden verschärfen _____ **Aus aller Welt:**

Die Region Uvira in der DR Kongo wird seit Jahrzehnten immer wieder in bewaffnete Konflikte verwickelt _____





Humanitäre Güter erreichen die Menschen in Gaza unter chaotischen Bedingungen, S. 5.

Meinung — 5

5 Ohne Waffenstillstand und ein Ende der Blockade droht der Zusammenbruch jeglicher öffentlichen Ordnung in Gaza

Jolien Veldwijk

7 Wie Trumps Zollwahn die Wirtschaftskrisen im Globalen Süden verschärfen wird

Praveen Jha

10 Angesichts des hohen Blutzolls bei den Protesten in Kenia sollte die Zivilgesellschaft Ostafrikas über sicherere Formen der Einflussnahme nachdenken

Grace Atuhaire

Aus aller Welt — 13

13 Die Region Uvira in der DR Kongo wird seit Jahrzehnten immer wieder in bewaffnete Konflikte verwickelt

Jean Masemo

16 Nach schweren klimabedingten Katastrophen können Staaten über Risikoversicherungen schnell Hilfgelder erhalten

James Bennett und Nazaruddin Puteh

20 Verglichen mit anderen europäischen Ländern misst Deutschlands Afrikastrategie dem Privatsektor wenig Gewicht bei

Simon Züfle und Philipp von Carlowitz

23 Heutzutage: Wie junge Menschen in Sambia lernen, die Landwirtschaft klimaresistenter zu gestalten

Derrick Silimina

Im Osten der DR Kongo sehnen sich die Menschen nach Frieden, S. 13.



„Idealerweise sollten Versicherungsleistungen für Klimarisiken nahtlos in bestehende soziale Sicherungssysteme einfließen, um Bargeldtransfers, Nahrungsmittelhilfe und andere Wiederaufbaumaßnahmen zu finanzieren.“

James Bennett und Nazaruddin Puteh, S. 16

25 — Schwerpunkt — Was wir von Indigener Weisheit lernen müssen

26 Wir müssen Indigenen Gruppen zuhören und sie schützen – nicht zuletzt um unserer selbst Willen

Katharina Wilhelm Otieno

27 Vertreter*innen Indigener Gemeinschaften sprechen über das Glück und die Herausforderungen Indigenen Lebens in der modernen Gesellschaft:

Sonami Baski (Santal, Indien), Alais Ole-Morindat (Massai, Tansania), Jan Olli (Sami, Norwegen), Rael Nkoi Lomoti (Turkana, Kenia)

37 Der Fall einer verschwundenen Aktivistin für Landrechte und Umwelt zeigt, wie bedroht Indigene Gruppen in Chile seit jeher sind

Javier Cisterna Figueroa

40 Mit der Umsiedlung der Massai innerhalb von Tansania droht deren uraltes Wissen, etwa zu Heilpflanzen, verloren zu gehen

Lawrence Kilimwiko

43 Deutschlands Versagen bei der Aufarbeitung des Völkermords an den Ovaherero und Nama im heutigen Namibia

Henning Melber und Jephtha Nguherimo

46 Wie Indigene Gemeinschaften in Kolumbien Kartografie nutzen, um ihr Ahnenland zu verteidigen

Leonardo Jiménez

50 Bolivien sieht sich als Vorreiter für die Rechte Indigener Völker – aber diese fühlen sich vom Staat teils erheblich diskriminiert

Katja Dombrowski



Titelbild: „Corpo-canoa“ von Yacunã Tuxá (siehe S. 4).

Indigene Gemeinschaften sind Nachfahren der ersten Bewohner*innen eines Landes. Ihre Geschichten sind häufig geprägt durch Kolonisierung, Unterwerfung sowie den Verlust von Kultur und Land. Heute kämpfen sie weltweit um den Erhalt ihrer Identitäten und Lebensweisen – nach wie vor bedroht durch Landnahme, Ausbeutung und Kommerzialisierung. Dabei sind ihr Wissen und ihre Resilienz wertvoll für die gesamte Menschheit. Wir müssen ihnen zuhören, sie schützen und von ihnen lernen.

Yacunã Tuxá

ist eine Indigene bildende Künstlerin und Aktivistin der Tuxá de Rodelas in Bahia, Brasilien. Als multidisziplinäre Künstlerin bewegt sie sich zwischen verschiedenen Sprachen und Medien, um Kampf, Widerstand und die politische Organisation Indigener Frauen in Brasilien zu thematisieren. In ihrer Kunst verflechten sich Wort und Bild, um Verbindungen zwischen Erinnerung, Identität, Territorium, Gerechtigkeit und Träumen herzustellen und Kunst zu einem wirkungsvollen politischen Werkzeug zu machen.

Das Werk auf dem Titel dieser Ausgabe, „Corpo-canoá“ (Körper-Kanu), ist eine visuelle Metapher, die die Vertreibung des Volkes der Tuxá im Jahr 1987 darstellt, als sie aufgrund des Baus eines Wasserkraftwerks gezwungen wurden, ihr Land zu verlassen. In dem Bild ist das Kanu, ein altes Symbol für Transport und Überfahrt, auch Körper und Erinnerung. Das Werk bringt die Last der Zwangsumsiedlung zum Ausdruck, aber auch die Widerstandsfähigkeit der Identität, die sich der Auslöschung widersetzt, und bekräftigt, dass das wahre Erbe des Volkes der Tuxá immateriell ist: die lebendige Erinnerung und die Würde, sie selbst zu sein.



Die gute Nachricht

Es ist ein historisches Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH): Staaten müssen gemäß geltendem Völkerrecht Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen. Tun sie dies nicht, beispielsweise indem sie weiterhin auf fossile Brennstoffe setzen, verstoßen sie gegen das Völkerrecht. Initiiert wurde das Gutachten von Studierenden aus einer Region, die bereits heute zu den am stärksten von der Klimakrise betroffenen weltweit gehört: den Pazifischen Inseln.

Das Gutachten selbst ist nicht rechtsverbindlich. Es interpretiert jedoch bestehende völkerrechtliche Verpflichtungen, die sehr wohl verbindlich sind, wie beispielsweise solche, die sich aus dem Völkergewohnheitsrecht ergeben. Insofern ist es auch relevant für Länder, die nicht (mehr) Vertragsparteien des Pariser Klimaabkommens sind, wie beispielsweise die USA.



50 %

Einkommensverluste

haben Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Äthiopien, Ghana, Kenia, Liberia, Malawi und Nigeria in den letzten fünf Jahren aufgrund von Sparmaßnahmen erlitten. Dieser Trend geht aus der Umfrage „*The Human Cost of Public Sector Cuts*“ der internationalen NGO ActionAid hervor.

GAZA

Nur Mindestmengen an Nahrung kommen an

Dringend benötigte Lebensmittel, medizinische Versorgung und Hygieneartikel gelangen nicht zu den Menschen in Gaza, weil Israel den Zugang beschränkt. Eine Beendigung der Blockade und eine sofortige und dauerhafte Waffenruhe sind nötig, um Gaza flächendeckend humanitär zu versorgen.

VON JOLIEN VELDWIJK

Die derzeitige Lage in Gaza ist nach wie vor äußerst schwierig. Die Vereinten Nationen verfügen über genügend Nahrungsmittel in der Region oder auf dem Weg dorthin, um die gesamte Bevölkerung Gazas mindestens drei Monate lang zu versorgen. Doch die Zugangsbeschränkungen haben dazu geführt, dass min-

destens 14.000 Tonnen Nahrungsmittelhilfe von hungrigen Menschenmengen entladen wurden, bevor sie die Lagerhäuser erreichten. Die Vereinten Nationen hatten die Güter über ihren koordinierten Hilfsmechanismus beschafft und im Juli an den Grenzübergängen zu Gaza übernommen.



Szenen wie diese spielen sich mittlerweile täglich in Gaza ab, denn dringend benötigte Hilfsgüter stecken fest.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass monatlich mehr als 62.000 Tonnen benötigt werden, um den grundlegenden humanitären Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken. Die Nahrungsmittelhilfe, die im Juni und Juli nach Gaza gelangte, betrug jeweils weniger als ein Viertel dieser Mindestmenge.

Die Vereinten Nationen haben wiederholt auf die zahlreichen Zugangsbeschränkungen hingewiesen und diese umfassend dokumentiert. Dazu zählen die Schließung von sechs der sieben Landübergänge, erhebliche Verzögerungen bei der Erteilung israelischer Genehmigungen sowie die Einschränkung sicherer Routen für humanitäre Konvois. Diese Feststellungen sind keine bloßen Behauptungen: Sie werden durch Videoaufnahmen und Augenzeugenberichte belegt, die eindrücklich die Bedingungen dokumentieren, unter denen UN-Konvois versuchen, Hilfsgüter zu transportieren. Selbst dort, wo noch Routen bestehen, sind diese oft überfüllt – aufgrund wiederholter Räumungsbefehle und langer Wartezeiten an israelischen Kontrollpunkten. Die Konvois treffen auf große Menschenmengen, die, kurz vor dem Verhungern stehend, verzweifelt auf Hilfslieferungen warten. Für sie geht es nur um eines: endlich etwas zu essen zu bekommen.

DRINGEND BENÖTIGTE HILFSGÜTER STECKEN FEST

CARE leistet weiterhin lebensrettende Hilfe, sowohl in seinem Zentrum für primäre Gesundheitsversorgung in Deir al-Balah als auch durch die Lieferung von Wasser per Lastwagen in Gemeinden, die nur eingeschränkten oder gar keinen Zugang zu Wasser haben. Am 2. März verhängte Israel eine elfwöchige vollständige Abriegelung, bevor es einen einzigen Übergang auf dem Landweg wieder öffnete – unter strenger Kontrolle, welche Güter wann eingeführt werden dürfen. Seitdem können wir keine neuen Hilfsgüter mehr nach Gaza bringen. Das gilt auch für dringend benötigte Medikamente, Babyausstattungen, Hygieneartikel und Lebensmittelpakete, die in Lagern im Westjordanland, in Jordanien und in Ägypten feststecken.

Im Juli mussten wir unsere Klinik aufgrund von Räumungsbefehlen in den umliegenden Gebieten für eine Woche schließen. Davon betroffen waren auch der Großteil unserer Mitarbeitenden sowie unser Büro und Gästehaus. Aufgrund der extrem begrenzten Vorräte waren wir gezwungen, die Verteilungen bis August auszusetzen. Kürzlich stellte uns UNICEF kleinere Mengen an Nahrungsergänzungsmitteln wie energiereiche Kekse und gebrauchsfertige Spezialnahrung zur Verfügung. Dadurch konnten wir die Verteilungen an Frauen wieder aufnehmen, bei denen ein erhöhtes Risiko für Komplikationen bei der Geburt besteht. Ihr Ernährungsstatus war zuvor durch Messungen des Oberarmumfangs bestimmt worden. Diese Nahrungsergänzungsmittel sind für viele Frauen und Kinder derzeit überlebenswichtig: Sie ha-

ben keinerlei Zugang zu Geld, um sich Lebensmittel zu kaufen. Falls diese überhaupt auf dem Markt erhältlich sind, werden sie zu unerschwinglichen Preisen angeboten.

VORRÄTE SIND ERSCHÖPFT

Die Vereinten Nationen betonen, dass Lieferengpässe eine der Herausforderungen für die Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelhilfe darstellen. Seit dem 2. August sind die Vorräte für das flächendeckende Ernährungsergänzungsprogramm in Gaza vollständig erschöpft. Die derzeitige unsichere Lage erlaubt es nicht, weitere Nahrungsmittellieferungen an den Übergängen zu Gaza abzuholen und in dem Umfang zu verteilen, der erforderlich wäre, um alle Kinder unter fünf Jahren sowie schwangere und stillende Frauen zu versorgen.

„Die Konvois begegnen großen Menschenmengen, die, kurz vor dem Verhungern stehend, verzweifelt auf Hilfslieferungen warten.“

CARE verurteilt den brutalen Angriff der Hamas auf Israel und fordert die Freilassung aller Geiseln. Wir fordern zudem weiterhin die Öffnung aller Landübergänge sowie den uneingeschränkten und dauerhaften Zugang zu Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung, Unterkünften und Treibstoff durch einen prinzipienbasierten und koordinierten Hilfsmechanismus unter Führung der Vereinten Nationen. Ebenso fordern wir die Beendigung der Blockade und eine sofortige sowie dauerhafte Waffenruhe. Ohne diese Maßnahmen wird der Zugang zu humanitärer Hilfe in diesem äußerst instabilen und unsicheren Umfeld weiterhin eine Herausforderung bleiben. Schon jetzt führen Hunger, Verzweiflung und fast zwei Jahre tägliche Gewalt und Zerstörung Gaza an den Rand des völligen Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.



JOLIEN VELDWIJK

ist Länderdirektorin von CARE International in Palästina (Gaza und Westjordanland).

medien@care.de



Foto: picture alliance / picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Mark Schiefelbein

US-Präsident Donald Trump kündigte am 2. April 2025 in Washington neue Zollsätze für mehr als hundert Länder an.

WELTHANDEL

Die Zoll-Wut des Donald Trump

Das Vorgehen des US-Präsidenten bei seinen wechselnden Zollbestimmungen ist weder kohärent noch stringent. Das ändert nichts daran, dass es viele Länder des Globalen Südens hart treffen wird – insbesondere jene, die auf günstige Exporte angewiesen sind.

VON PRAVEEN JHA

Seit März 2025 gehören die „Zollkriege“ des US-Präsidenten zu den meistdiskutierten Themen in den globalen Medien. Donald Trump behauptet im Wesentlichen, der Rest der Welt habe aufgrund des globalen Zollsystems jahrzehntelang Vorteile gehabt. Dies sei „sehr unfair“ gegenüber den USA gewesen und habe die US-Wirtschaft erheblich geschwächt.

Tatsächlich waren die USA bis 2024 fast zwei Jahrzehnte lang der weltweit größte Importmarkt. Die durchschnittlichen Zölle auf internationale Waren lagen in der Regel bei zwei bis drei Prozent. Das hat sich zuletzt drastisch geändert.

WIESO VERHÄNGT DONALD TRUMP IMMER NEUE ZÖLLE?

Am 2. April 2025 sprach US-Präsident Donald Trump vom „Befreiungstag“, als er neue Zollsätze für mehr als hundert Länder ankündigte, die in die USA exportieren – darunter auch Länder der Europäischen Union. Einige dieser Zollsätze wurden später wieder deutlich verändert, was zu großem Chaos und großer Unsicherheit geführt hat.

Donald Trump und seine Regierung setzen Zölle als Waffe im Welthandel ein, um eine Reihe unterschiedlicher Ziele zu erreichen. Sie möchten:

- zumindest zum Teil die verlorene Vormachtstellung der USA in der Realwirtschaft wiederherstellen, die unter anderem mit der schwächelnden verarbeitenden Industrie zusammenhängt,
- den BRICS-Block schwächen, den sie als Bedrohung ansehen,
- die Wirtschaftssanktionen gegen Russland durchsetzen und verhindern, dass andere Länder weiter mit Russland handeln,
- mehreren Ländern „eine Lektion erteilen“ für ihre „mangelnde Loyalität“ gegenüber den USA und dem Globalen Norden allgemein.

Bei keinem der oben genannten Gründe jedoch lässt sich ein kohärenter Umgang mit den jeweiligen Ländern erkennen. Ein Beispiel: China und die EU haben seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine mehr aus Russland importiert als Indien. Indien aber wird – angeblich wegen seines Ölhandels mit Russland – mit einer „Strafe“ in Form von 25-prozentigen Zöllen belegt. Diese kommen auf die am 2. April 2025 angekündigten 25 Prozent noch obendrauf.

Was China betrifft, so wurde der erstaunlich hohe Zollsatz von 145 %, den die USA am 9. April verhängt hatten, im

Nachgang wieder deutlich gesenkt. Bis zum 11. August sank er auf 30 %, was nur noch fast ein Fünftel des ursprünglichen Satzes ist.

CHINAS MARKTMACHT KANN AUCH TRUMP NICHT IGNORIEREN

China hat sich in den letzten Jahrzehnten zur „Fabrik der Welt“ entwickelt – mit beeindruckender Infrastruktur, enormen Skaleneffekten und technologischem Know-how. Laut der Weltbank-Datenbank World Integrated Trade Solution (WITS) hatte es 2022 einen Anteil von 24,9 % am weltweiten Export von Maschinen und Elektroartikeln und lag damit weit vor den USA mit einem Anteil von sieben Prozent. Bei den weltweiten Textil- und Bekleidungsexporten hatte China einen Anteil von 36,3 %. Indien, die andere viel diskutierte aufstrebende globale Wirtschaftsmacht, kam bei Maschinen und Elektroartikeln lediglich auf 0,9 % und bei Textilien und Bekleidung auf 4,4 %.

„Die Erhöhung der US-Zölle, die angeblich der Verbesserung der eigenen Wirtschaftslage dienen soll, könnte die Krise für den Rest der Welt verschärfen.“

Das zeigt: China hat in mehreren Branchen einen massiven, fast uneinholbaren Vorsprung. Und, was noch wichtiger ist: Es hat in mehreren Sektoren einen starken Einfluss auf das globale Produktionssystem sowie enorme Kontrolle über wichtige Rohstoffe. All dies könnte zu einem Umdenken der Trump-Regierung geführt haben und sie zu der oben erwähnten massiven Senkung der Zollsätze zwischen April und August 2025 bewegt haben.

DIE ZÖLLE VERSCHÄRFEN WIRTSCHAFTSKRISEN IM GLOBALEN SÜDEN

Auch für einige andere Länder hatte die Trump-Regierung im gleichen Zeitraum zunächst hohe Zölle angekündigt, sie dann aber doch wieder aufgeweicht. Dazu gehören Vietnam, Thailand, Bangladesch und Pakistan. Ihnen waren hohe US-

Zölle angekündigt worden, die dann aufgeschoben oder wieder etwas gesenkt wurden. Für die meisten Länder des Globalen Südens aber ist jede Zollerhöhung schmerzhaft. Insbesondere für die ärmsten Länder sind die Einbußen hart.

„Viele Länder des Globalen Südens sind auf den US-Markt angewiesen. Einige können nur dank ihrer niedrigen Produktionskosten bestehen.“

Hinzu kommt, dass sich das globale Wirtschaftssystem von der Finanzkrise 2008 noch nicht wieder gänzlich erholt hat. Das globale Wachstum ist ungleichmäßig, die Staatsverschuldung vieler Länder ist gestiegen, und selbst fortgeschrittene Volkswirtschaften erleben einen Wachstumsrückgang.

Die Erhöhung der US-Zölle, die angeblich der Verbesserung der eigenen Wirtschaftslage dienen soll, könnte die

Krise für den Rest der Welt verschärfen. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass die meisten Regierungen im Globalen Süden keine nennenswerten Ausgabenerhöhungen vornehmen, um die Nachfrage zu erhöhen und die Krise abzufedern.

Viele Länder des Globalen Südens sind auf den US-Markt angewiesen. Einige können nur dank ihrer niedrigen Produktionskosten bestehen. Jedes dieser Länder könnte gezwungen sein, die Löhne weiter zu drücken und eine Politik zu verfolgen, die unter Fachleuten als „Beggar-thy-neighbour“-Politik bekannt ist. Dabei wird versucht, den Handelsüberschuss zu maximieren. Dies könnte durch eine Abwertung der Landeswährung, Importbeschränkungen oder Exportförderung erreicht werden.

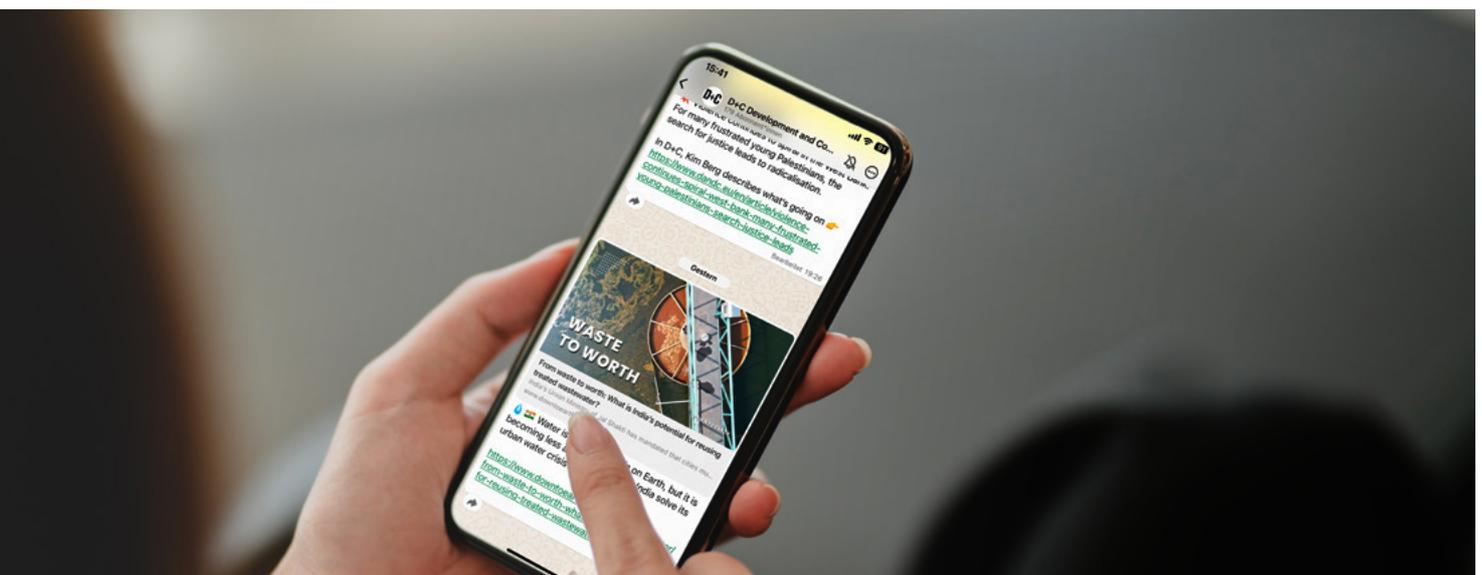
Bei steigenden Zöllen im Importland USA ist damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach Exportgütern dort sinken wird. Dies wird die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Länder des Globalen Südens weiter verschärfen. Für sie steht viel auf dem Spiel.



PRAVEEN JHA

ist Wirtschaftsprofessor an der Jawaharlal Nehru-Universität in Neu-Delhi.

praveenjha2005@gmail.com



Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS / Brian Inganga



Beerdigung eines Straßenverkäufers, der bei den jüngsten Protesten in Nairobi von der Polizei erschossen wurde.

PROTESTE

Zu viel Gewalt, zu viel Trauer

Die jüngsten Ereignisse in Kenia zeigen, dass die Zivilgesellschaft in Ostafrika immer weniger Handlungsspielraum hat: Polizeigewalt, Unterdrückung der Opposition und schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter staatliche Folter, nehmen in alarmierendem Maße zu. Welche Optionen bleiben der Zivilgesellschaft in der Region?

VON GRACE ATUHAIRE

Seit 2019 dokumentieren die Jahresberichte von Human Rights Watch eine zunehmende staatliche Unterdrückung in Ostafrika. Tansania und Uganda gehören weiterhin zu den besonders restriktiven Staaten; hier unterdrücken die Regierungen regelmäßig Meinungsfrei-

heit und friedliche Versammlungen. Schlagzeilen machte zuletzt im Mai der Fall zweier prominenter Aktivist*innen, die von den tansanischen Behörden mehrere Tage lang festgehalten und gefoltert wurden. Sie waren kurz zuvor eingereist, um sich mit dem inhaftierten Oppositionspoliti-

ker Tundu Lissu zu solidarisieren. Sowohl Boniface Mwangi aus Kenia als auch Agather Atuhaire aus Uganda berichteten von sexueller Folter. Die tansanische Polizei bestreitet den Vorwurf.

Insbesondere in Kenia haben staatliche Unterdrückung und Gewalt in den vergangenen zwölf Monaten als Reaktion auf die Proteste deutlich zugenommen. Die sogenannten „Gen-Z-Proteste“ erregten 2024 internationale Aufmerksamkeit. Vor allem junge Menschen gingen gegen das umstrittene Finanzgesetz der Regierung auf die Straße, das den Menschen, die ohnehin unter der angeschlagenen Wirtschaft leiden, neue Steuern auferlegt hätte. Die Protestierenden hatten teilweise Erfolg; die Regierung zog das Gesetz tatsächlich zurück. Doch für den Sieg zahlten sie einen hohen Preis: Dutzende wurden getötet, Hunderte verletzt – die genauen Zahlen lassen sich kaum überprüfen. Sogar die kenianischen Streitkräfte wurden zur Unterstützung der Polizei eingesetzt. Viele Menschen gelten weiterhin als vermisst.

Eine derart tragische Bilanz nach Protesten ist in Kenias politischer Geschichte nichts Neues. Demonstrationen sind immer ein zentrales Mittel der Zivilgesellschaft gewesen, vom Widerstand gegen die Kolonialherrschaft bis hin zur Bewegung für Mehrparteiendemokratie in den 1990er-Jahren. Doch seit jeher gehört auch die staatliche Unterdrückung dazu. Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2007/2008 ging die Polizei brutal gegen Protestierende vor: Mehr als 1200 Menschen wurden getötet, Hunderttausende vertrieben. Auch nach den Wahlen 2017 kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, bei denen mindestens 97 Menschen getötet wurden, viele davon in Städten, in denen die Opposition stark vertreten war. Dutzende Frauen und Mädchen berichteten von sexuellen Übergriffen. Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen, die die Verbrechen aufgedeckt hatten, wurden verhaftet, bedroht und angegriffen.

2023 rief Oppositionsführer Raila Odinga zu Demonstrationen gegen die Regierung von Präsident William Ruto auf – erneut endeten sie mit 30 Toten, zahlreichen Verletzten und erheblichen Sachschäden. Zuletzt kam es im Juni und Juli dieses Jahres anlässlich des Jahrestags der Gen-Z-Proteste zu landesweiten Demonstrationen – diesmal, um der Toten zu gedenken und die Forderungen wieder in den Vordergrund zu rücken. Mindestens 42 Menschen wurden getötet, Hunderte verletzt. Verschiedene Fälle sorgten für landesweite Empörung, darunter die auf Video festgehaltene Erschießung eines unbewaffneten Straßenverkäufers.

Das Muster ist mittlerweile bekannt: Jede neue Protestwelle wird als friedlich angekündigt, doch wenn sich der Trä-

„Ermittlungen zu Todesfällen bei den Protesten führen nur selten zu einer Verurteilung.“

nengasnebel lichtet, sind Menschen tot und Eigentum zerstört. Viele Familien lässt das in tiefer Trauer zurück. Im Zentrum stehen fast immer junge Menschen, angetrieben von politischer Enttäuschung, steigenden Lebenshaltungskosten und unerfüllten Versprechen der Demokratie.

WARUM ESKALIEREN DIE PROTESTE SO OFT?

Zum Ausbruch des Chaos tragen mehrere Faktoren bei. Einer davon sind kriminelle Gruppen und Plünderer, die die Proteste vor allem in großen Städten wie Nairobi und Mombasa gezielt unterwandern. Sie mischen sich unter die Demonstrierenden, um Überfälle zu begehen und Eigentum zu zerstören. Die Polizei verweist auf diese Masche und reagiert mit Gewalt, kann jedoch oft nicht zwischen Kriminellen und friedlichen Demonstrierenden unterscheiden.

Aktivist*innen äußern zudem noch einen weiteren, beunruhigenden Verdacht: Ihren Beobachtungen zufolge mischen sich unter die Demonstrierenden auch „unbekannte Gruppen“, die gezielt Gewalt anstacheln, jedoch nie identifiziert oder strafrechtlich verfolgt werden. Das nährt Spekulationen, dass Teile der Sicherheitskräfte selbst bewusst Unruhe stiften, um die Proteste zu diskreditieren.

Generell wird die Polizei kaum zur Rechenschaft gezogen. Ermittlungen zu Todesfällen bei den Protesten führen nur selten zu einer Verurteilung. Das ohnehin schon geringe Vertrauen der Öffentlichkeit wird so weiter untergraben.

Politikwissenschaftliche Analysen zeigen, dass gewaltfreier Widerstand meist erfolgreicher ist als gewaltsamer, wenn es um langfristige Ziele geht. Die kenianischen Aktivist*innen stellt das vor schwierige Fragen: Wenn Proteste mit tödlicher Gewalt beantwortet werden, tragen die Organisator*innen dann eine moralische Mitverantwortung für das Leid der Demonstrierenden? Sollten sie ihre Taktik angesichts des vorhersehbaren Teufelskreises aus staatlicher Gewalt und gesellschaftlichen Unruhen überdenken?

Tatsächlich sind in Ostafrika neue Ansätze nötig. Die führenden Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sollten kreativ

werden und über sicherere und weniger konfrontative Strategien nachdenken, um Druck auszuüben. Dazu gehören juristischer Aktivismus, digitale Mobilisierung, eine bessere lokale Vernetzung und der Aufbau transnationaler Allianzen. Solche Formen des Widerstands können öffentliche Unterstützung mobilisieren und lassen sich zugleich von autoritären Staaten schwerer unterdrücken.

Doch auch staatliche Stellen müssen handeln. Gewaltretorik wie die von Präsident Ruto, der jüngst die Polizei aufforderte, Demonstrierenden in die Beine zu schießen, muss aufhören. Kenia war eines der ersten afrikanischen Länder, das einen nationalen Aktionsplan für Jugend, Frieden und Sicherheit entwickelt hat. Dessen Umsetzung konzentriert sich jedoch hauptsächlich auf strikte Sicherheitsmaßnahmen. Wichtige Aspekte wie Prävention und Schutz werden hingegen vernachlässigt. Die staatlichen Akteure sollten deshalb für einen echten Dialog mit jungen Menschen eintreten, die Bevölkerung besser über bestehende Beschwerdemechanismen informieren und in psychologische Betreuung sowie soziale Unterstützung für Kommunen investieren, die durch wiederholte Plünderungen traumatisiert wurden.

Die Menschen in Ostafrika fordern eine kompetentere Führung und ein Ende des Blutvergießens. Ihnen mit Gewalt zu begegnen, ist nicht nur unmoralisch, sondern auch kaum nachhaltig. Letztlich wird die Zukunft der Region davon abhängen, ob der tödliche Kreislauf durchbrochen wird.

QUELLEN

Chenoweth, E., 2023: The role of violence in nonviolent resistance. *Annual Review of Political Science*.
<https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-051421-124128>

Kaplan, S., 2022: Nonviolent protesters and provocations to violence. *Washington University Review of Philosophy: The philosophy of war and violence*, Vol. 2, 170-187.



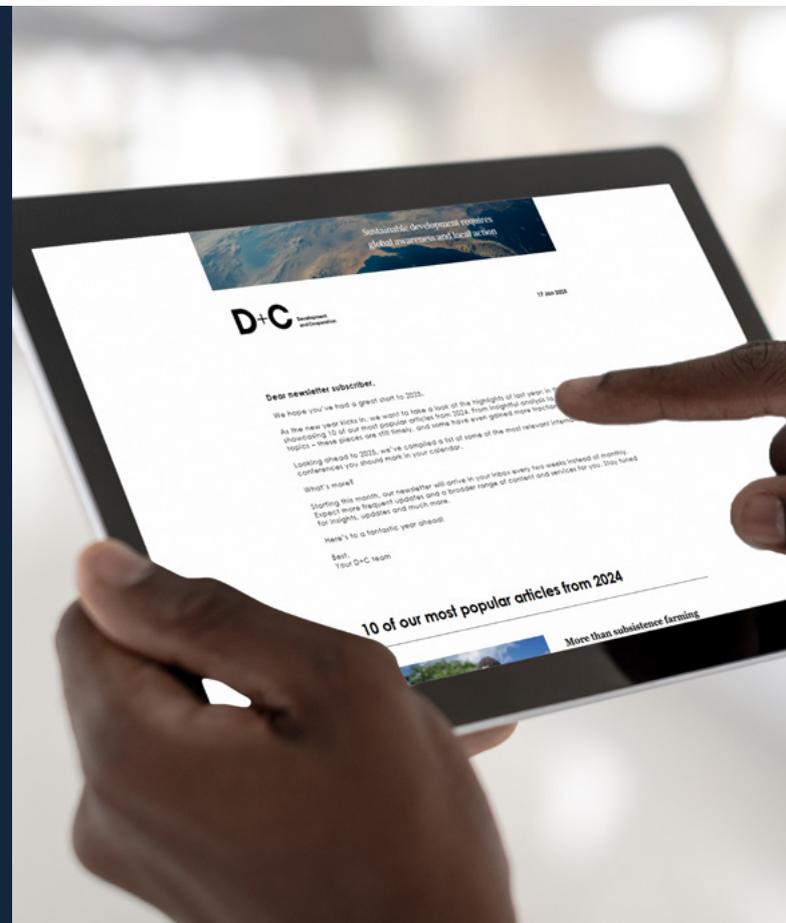
GRACE ATUHAIRE

ist Panafrikanistin, Expertin für soziale Entwicklung und Kommunikation sowie Doktorandin der Politikwissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

graceseb@gmail.com

Abonnieren Sie den E+Z- Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.



KONFLIKT

Eine Region im ständigen Kreuzfeuer

Uvira liegt in der Provinz Süd-Kivu in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) am Tanganjikasee. Die Stadt und ihr Umland sind damit Drehscheibe für mehrere Länder der Region: Ruanda und Burundi in der direkten Nachbarschaft, aber auch Tansania und Sambia. Angesichts dieser günstigen geografischen Lage müsste die Gegend eigentlich florieren. Dass sie stattdessen seit mehreren Jahrzehnten Schauplatz von Spannungen und bewaffneten Konflikten ist, ist symptomatisch für die Probleme der rohstoffreichen Region um die Afrikanischen Großen Seen.

VON JEAN MASEMO

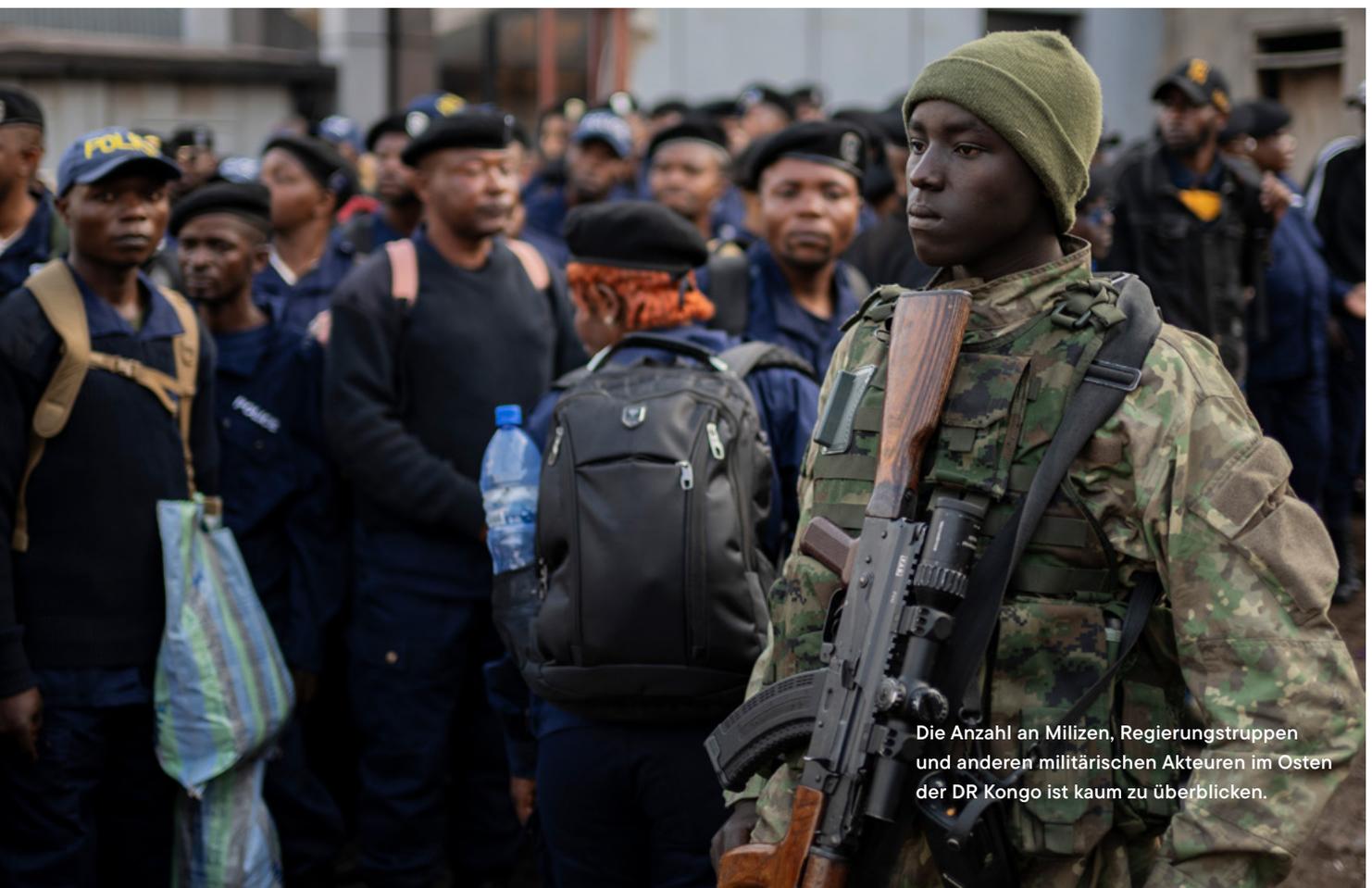


Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Moses Savasawa

Die Anzahl an Milizen, Regierungstruppen und anderen militärischen Akteuren im Osten der DR Kongo ist kaum zu überblicken.

Im Februar dieses Jahres begann die sogenannte Uvira-Offensive, bei der die von Ruanda unterstützte Rebellen­gruppe M23 die Region angriff. Mehrere Orte wurden eingenommen, und laut Ärzten ohne Grenzen befanden sich Ende Mai mehr als 250.000 Vertriebene in Uvira. Die Stadt und ihr Ballungsraum zählten im Jahr 2024 etwa 725.000 Einwohner*innen.

Gleichzeitig agieren auch burundische Tutsi-Milizen als Verbündete der M23 in und um Uvira, und auf der Gegenseite die kongolesische Rebellen­gruppe Wazalendo sowie das offizielle burundische (FDNB) und das kongolesische Militär (FARDC). Zwischenzeitlich griff Wazalendo auch kongolesische Soldat*innen an, denen die Gruppe vorwarf, die Städte Bukavu und Goma dem Feind überlassen zu haben.

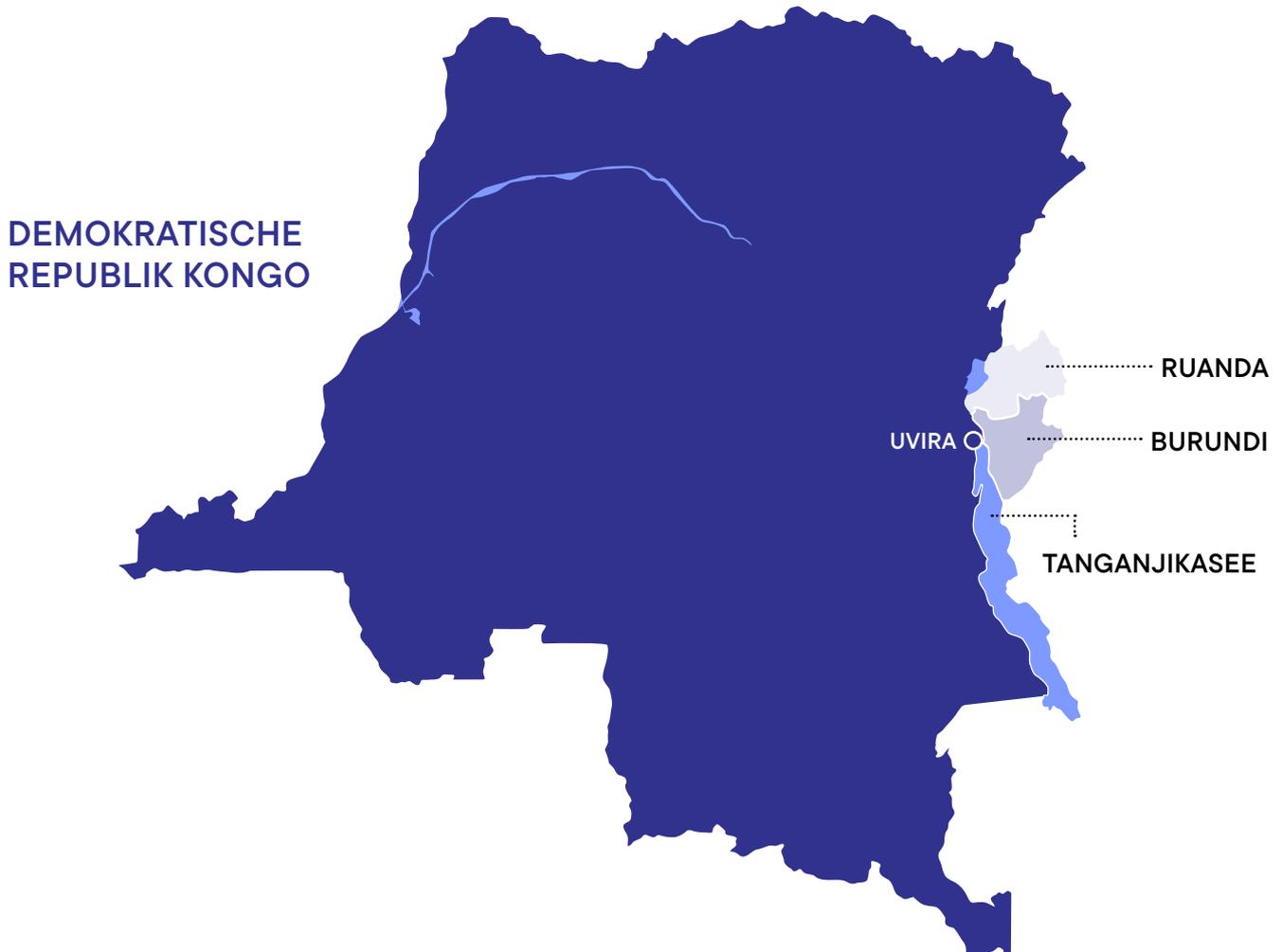
Für die Bevölkerung bedeutet all dies: Das lokale Gleichgewicht ist zerstört, und die Angst regiert. Viele Menschen sind auch nach Burundi oder landeinwärts entlang des Flusses Ruzizi geflohen. Bewaffnete Gruppen haben in verschiedenen Orten der Region nun das Sagen und bedienen sich auf verlassenen Feldern. In abgelegenen Dörfern gibt es so gut wie keine humanitäre Hilfe. Die Bevölkerung,

die seit Jahren unter permanenten Konflikten, Hunger und einer maroden Regierung leidet, lebt mittlerweile in einer allgemeinen Psychose ohne greifbare Hoffnung.

BEDROHUNGEN FÜR UMWELT UND GEMEINDEN

Was oft vergessen wird: Nicht nur das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der Region hat durch die fortwährenden Kämpfe kaum eine Chance, wieder auf die Beine zu kommen. Auch die Natur kann sich nicht erholen. Im Waldgebiet von Kyamate hatte unsere zivilgesellschaftliche Organisation Initiative des Jacobins Éleveurs pour le Développement (IJED) zusammen mit lokalen Gemeinden seit 2020 fast 300 Hektar wiederaufgeforsteten Land gesichert. Die Bäume waren bis zu sechs Meter hoch, und die Tierwelt begann, sich zu regenerieren.

Doch diese Errungenschaften sind heute durch die Anwesenheit bewaffneter Gruppen aus Burundi wie der der Regierung nahestehenden Miliz „Imbonerakure“ bedroht. Seit nunmehr vier Jahren dringen solche Akteure aus dem Nachbarland über die Ruzizi-Ebene in die Region Uvira ein. Ihre Präsenz gefährdet sowohl die Umwelt als auch die Sicherheit der Gemeinden. Viele Menschen besorgen sich



ihre Ressourcen nun verstärkt aus den Wäldern, wodurch die Ökosysteme dort bedroht sind: Buschbrände breiten sich unkontrolliert aus, und die Abholzung für den Verkauf von Holzkohle nimmt zu.

ZWISCHEN DIPLOMATISCHER HOFFNUNG UND DER REALITÄT

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der DR Kongo und Ruanda am 27. Juni 2025 in Washington hat viele Erwartungen geweckt. Vor Ort bleibt die Lage jedoch weiterhin angespannt: Beide Seiten verstärkten zuletzt militärische Maßnahmen, und die Tinte unter dem Abkommen war kaum getrocknet, da drängte die M23 bereits wieder in Richtung Uvira-Stadt. Währenddessen werden in Doha unter Vermittlung Katars die Gespräche zwischen der kongolesischen Regierung und der M23 fortgesetzt.

- lokale Initiativen im Bereich der Nachhaltigkeit zu fördern und ihre wesentliche Rolle für die Widerstandsfähigkeit der Gemeinden anzuerkennen;
- die wirksame Umsetzung des Friedensabkommens sicherzustellen und gleichzeitig eine inklusive Lösung für die anhaltenden Konflikte voranzutreiben.

Die Menschen in Uvira dürfen nicht länger als Statistiken über Vertriebene oder unsichtbare Leidtragende eines endlosen Konflikts übersehen werden. Sie verdienen mehr denn je Sicherheit, Würde und Hoffnung. Jetzt zu handeln bedeutet, Gleichgültigkeit abzulehnen und unser Bekenntnis zu humanitären Grundsätzen und Grundrechten zu bekräftigen.

„Die Bevölkerung, die zwischen Konflikten, Hungersnot und einer maroden Regierung leidet, lebt in einer allgemeinen Psychose ohne greifbare Hoffnung.“

Die Regierung unter Präsident Félix Tshisekedi wird heftig kritisiert, weil sie nicht in der Lage ist, die anhaltenden Krisen im Osten des Landes zu bewältigen. Angesichts dessen versuchen lokale Führungskräfte, sich neu zu positionieren, wobei dies manchmal eher aus politischen Kalkülen heraus geschieht als aus dem ehrlichen Wunsch heraus, die Lage zu verbessern.

AUFRUF ZUM HANDELN FÜR UVIRA

Angesichts der anhaltenden Krisensituation sollten die kongolesischen Behörden sowie die Geldgeber, humanitären Gruppen und internationalen Institutionen unverzüglich handeln, um:

- den Schutz der Zivilbevölkerung zu stärken und die staatliche Autorität in den besetzten Gebieten wiederherzustellen;
- einen sicheren und dauerhaften humanitären Zugang zu den von der Gewalt betroffenen Gebieten zu gewährleisten;



JEAN MASEMO

ist der Generaldirektor der zivilgesellschaftlichen Organisation IJED, die in Süd- und Nord-Kivu in der DR Kongo tätig ist. IJED steht für Initiative des Jacobins Éleveurs pour le Développement – Initiative der jakobinischen Züchtenden für Entwicklung.

ijedasbl@yahoo.fr

<https://www.ijed-rdc.org/>



Im Jahr 2024 erhielt Simbabwe eine Risikoversicherungsleistung von der African Risk Capacity Group, um die Folgen einer schweren Dürre abzumildern.

KRISENSENSIBLE SOZIALE SICHERUNG

Finanzierungslücken im Katastrophenfall überbrücken

Soziale Sicherungssysteme sollen im Krisenfall schnell und effektiv funktionieren, um arme und benachteiligte Menschen zu schützen. Schwerwiegende Ereignisse (Schocks) überfordern sie allerdings oft und stürzen Millionen Menschen in Armut. Staatliche Klimarisikoversicherungen können betroffene Kommunen unterstützen, sofern die Regierungen die Probleme bei der Umsetzung in den Griff bekommen.

Naturkatastrophen und Klimarisiken nehmen besonders in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu, was soziale Sicherungssysteme zunehmend unter Druck setzt. Um arme und gefährdete Gruppen vor solchen schweren Ereignissen (Schocks) zu schützen, haben viele Regierungen integrierte Systeme eingeführt, sogenannte adaptive soziale Sicherungssysteme (ASP). Sie funktionieren allerdings nur, wenn sie angemessen finanziert werden. In Krisenzeiten müssen Regierungen die Budgets für die soziale Sicherung aufstocken, wobei von den bestehenden Programmen erwartet wird, dass sie zusätzliche Mittel aufnehmen und schnell Hilfe leisten. Das ist oft aber gar nicht so leicht umzusetzen.

Regierungen können auf verschiedene Arten mit Haushaltslücken in Katastrophenzeiten umgehen. Zum Beispiel können sie Mittel für Haushalte in Notlagen und staatliche Reservefonds bereitstellen, die wie ein Sparkonto der Regierung funktionieren. Über Daten früherer Ereignisse zu Verlusten und Schäden lässt sich ableiten, wie hoch die Ersparnisse sein müssen, um den Notbedarf zu decken. Bei seltenen, schweren Katastrophen müssen Regierungen jedoch entscheiden, ob sie Mittel umschichten, hohe Kredite aufnehmen oder internationale Partner um Ad-hoc-Hilfe bitten. Damit riskieren sie finanzielle Instabilität, steigende Verschuldung und Abhängigkeit von Geberländern.

Alternativ kann eine vorab vereinbarte Finanzierung Regierungen dabei helfen, die Mittel für krisensensible soziale Sicherungssysteme im Katastrophenfall aufzustocken. Hierbei kommt immer häufiger die Klimarisikoversicherung zum Einsatz: Regierungen zahlen jährliche Prämien an Versicherungsanbieter und erhalten im Katastrophenfall Auszahlungen auf Basis vorab vereinbarter Schadentrigger. Im Jahr 2024 etwa zahlte die African Risk Capacity (ARC) Group, ein regionaler Versicherungsanbieter, der Regierung von Simbabwe nach massiven Ernteausfällen und großer Ernährungsunsicherheit infolge einer Dürre 16,8 Millionen Dollar aus.

Versicherungen können zwar sehr hilfreich sein, aber es gibt Vorbehalte gegen sie: Die Prämien sind kostspielig, und die Auszahlungen sind nur so effektiv wie die Systeme, die sie ermöglichen. Ohne funktionierende Verteilungssysteme kann es schwierig sein, Versicherungsleistungen denjenigen bereitzustellen, die sie am dringendsten benötigen.

Das wachsende Bewusstsein dafür, wie wichtig die Integration von Risikofinanzierungen in soziale Sicherungssysteme ist, spiegelt sich in einem Bericht und in Leitlinien wider, die vom UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) in Auftrag gegeben wurden. Die Leitlinien werden in allen UNDP-Länderprojekten umgesetzt, in denen Risikofinanzierungen zum Einsatz kommen, um die Verteilungssysteme zu stärken.

VERSCHIEDENE AUSZAHLUNGSFORMEN

Die Art und Weise, wie Auszahlungen aus Klimarisikoversicherungen gestaltet sind, legt zum einen fest, wem etwas ausgezahlt wird, zum anderen, wie schnell und zuverlässig Bedürftige die Mittel erhalten. Es gibt normalerweise zwei Arten der Auszahlung von Klimarisikoversicherungen: Bei direkten Auszahlungen erhalten die Begünstigten das Geld direkt vom Versicherer. Bei indirekten Auszahlungen überweist das Versicherungsunternehmen das Geld an eine zwischengeschaltete Stelle, etwa eine Regierungsbehörde, ein soziales Sicherungsprogramm oder einen Mobilbankanbieter. Diese gibt das Geld direkt oder indirekt an die Betroffenen weiter.

„Die Art und Weise, wie Auszahlungen aus Klimarisikoversicherungen gestaltet sind, legt zum einen fest, wem etwas ausgezahlt wird, zum anderen, wie schnell und zuverlässig Bedürftige die Mittel erhalten.“

Bei den Bedingungen für Versicherungen sind zwei wesentliche Unterscheidungen zu treffen:

- Die Schadensersatzversicherung deckt die tatsächlichen Verluste der Versicherten ab. Bevor etwas ausgezahlt wird, muss das Versicherungsunternehmen den einzelnen Schadensersatzanspruch genehmigen.
- Eine parametrische Versicherung hingegen löst automatisch eine Auszahlung aus, wenn vordefinierte Parameter erfüllt sind – wie die Dauer einer Trockenperiode, eine bestimmte Niederschlagsmenge oder

„Regierungen zahlen jährliche Prämien an Versicherungsanbieter und erhalten im Katastrophenfall Auszahlungen auf Basis vorab vereinbarter Schadentrigger.“

Windgeschwindigkeit. Diese Art der Versicherung wird auch als „indexbasierte Versicherung“ bezeichnet, da die Trigger als Indizes betrachtet werden.

Die Art der Klimarisikoversicherung und die Versicherungsbedingungen beeinflussen, wie schnell und zuverlässig ausgezahlt wird. Direkte und indexbasierte Auszahlungen erfolgen meist schneller als indirekte und schadensbasierte Auszahlungen – sofern die Auszahlungskanäle kurz und die Schadentrigger klar definiert sind. Wichtig ist auch, wie effizient die auszahlenden Stellen sind. Auszahlungen sind meist dann unzuverlässig, wenn die Verantwortlichen schlecht koordiniert sind, ihnen Informationen fehlen oder sie anfällig für andere Risiken in den Finanzverwaltungssystemen sind.

WARUM VERSICHERUNGSLEISTUNGEN MANCHMAL NICHT AUSGEZAHLT WERDEN

Idealerweise sollten Versicherungsleistungen für Klimarisiken nahtlos in bestehende soziale Sicherungssysteme einfließen, um Bargeldtransfers, Nahrungsmittelhilfe und andere Wiederaufbaumaßnahmen zu finanzieren. Dieser Ansatz nutzt etablierte staatliche Programme für schnelle Hilfe. In der Praxis verläuft das jedoch selten reibungslos.

Viele Faktoren können Effizienz und Wirksamkeit beeinträchtigen, etwa schwache Zielmechanismen, mangelnder politischer Wille und schlechte Koordination zwischen Regierungsbehörden. Die ARC hat identifiziert, weshalb Auszahlungen aus Risikoversicherungen nicht effektiv an betroffene Kommunen weitergeleitet werden. Zwei Beispiele:

- Im September 2019 wurde nach einer schweren Dürre eine ARC-Zahlung über fast 740.000 Dollar an die Elfenbeinküste bereitgestellt. Hauptsächlich sollte das Geld bar an die Betroffenen ausgezahlt werden. Diese

erhielten die Zahlungen allerdings erst ein ganzes Jahr später – hauptsächlich wegen der schlechten Koordination zwischen den Ministerien und dem für die Geldtransfers zuständigen Telekommunikationsbetreiber.

Eine Rolle spielten auch die Coronapandemie und der plötzliche Tod des Premierministers, der die Koordination zwischen den Ministerien beaufsichtigte, sowie der eingeschränkte Zugang zu Auszahlungsstellen für Bargeldtransfers.

- Als in Mauretanien im September 2021 der Regen ausblieb, führten Probleme mit der Datenverarbeitung dazu, dass die Leistungszahlung erst Monate später ausgelöst wurde. Die ARC zahlte die rund 1,7 Millionen Dollar erst im März 2022 aus. Durch die schlechte Verkehrsinfrastruktur gab es weitere Verzögerungen: Bis Ende August hatten nur 87 % der Zielhaushalte tatsächlich Hilfe erhalten.

Trotz solcher Mängel gilt die ARC vielen als beispielhaft für gute Klimarisikoversicherung, besonders wegen ihrer Transparenz und Rechenschaftspflicht. Die ARC und ihre Mitgliedstaaten entwickeln Notfallpläne, um sicherzustellen, dass die Auszahlungen effektiv verwendet werden – solche Anforderungen haben vergleichbare Angebote in anderen Teilen der Welt oft nicht. Auch lässt die ARC ihre Auszahlungen unabhängig prüfen. Regierungen können zwar eigene Bewertungen durchführen, haben aber möglicherweise nicht die erforderlichen Kapazitäten, dies angemessen zu tun.

ALTERNATIVE INSTRUMENTE

Die Klimarisikoversicherung ist eines von mehreren Instrumenten zu der vorab vereinbarten Katastrophenfinanzierung. Regierungen können auch Notfallfonds, staatliche Notfallkredite und Katastrophenanleihen (Cat Bonds) ein-

richten. Wie die Klimarisikoversicherung helfen diese Tools den Regierungen, bei Katastrophen finanzielle Lücken zu überbrücken. Sie können Mittel oder Auszahlungen aus diesen Instrumenten in adaptive soziale Sicherungssysteme leiten und so sicherstellen, dass die am stärksten gefährdeten Menschen Hilfe erhalten. Eine entscheidende Frage aber bleibt: Schließen diese Mechanismen lediglich kurzfristig Finanzierungslücken, oder tragen sie auch zu nachhaltiger Armutsbekämpfung und Resilienz bei?

Bisher wurde dazu wenig geforscht. Analysen von Schaefer und Waters (2016) legen nahe, dass Klimarisikoversicherungen die Resilienz verbessern können, wenn sie in umfassendere Strategien zum Risikomanagement eingebettet sind. Ob sie armen Bevölkerungsgruppen langfristig helfen, ist bisher jedoch nicht ausreichend empirisch belegt. Daher braucht es mehr Forschung und einen globalen Austausch zu bewährten Verfahren, um Regierungen und Versicherern dabei zu helfen, Konzepte zu entwickeln, die nicht nur der Soforthilfe dienen, sondern auch die Resilienz der betroffenen Gruppen langfristig stärken.

LINKS

Bennett, J. G., 2025: Social protection, risk finance and insurance. UNDP policy note. (Veröffentlichung folgt)

Munich Climate Insurance Initiative et al., 2023: Climate and disaster risk financing and insurance: 25 key terms you need to know. Factsheet.

[https://www.climateinsurance.org/publications/25-key-terms-you-need-to-know-on-climate-and-disaster-risk-finance-%26-insurance-\(cdrfi\)](https://www.climateinsurance.org/publications/25-key-terms-you-need-to-know-on-climate-and-disaster-risk-finance-%26-insurance-(cdrfi))

Schaefer, L., and Waters, E., 2016: Climate risk insurance for the poor and vulnerable: How to effectively implement the pro-poor focus of InsuResilience.

https://collections.unu.edu/eserv/UNU:5956/MCII_CRI_for_the_Poor_and_Vulnerable_meta.pdf



JAMES G. BENNETT

ist ein unabhängiger entwicklungspolitischer Berater, Forscher und Trainer im Bereich der öffentlichen Finanzverwaltung. Er lebt in Köln.

bennett@ipa-cologne.de



NAZARUDDIN PUTEH

ist Projektmanager bei der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) in Bonn.

puteh@ehs.unu.edu

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: www.dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.08.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern

Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum

genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage,

Übersetzung), Roli Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Nairobi (AN), Ronald

Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Lisa Stein, Anabell Krebs

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.



Foto: picture alliance / Kay Nietfeld

Mitte Juli fand am Rande des Treffens der Finanzminister*innen und Zentralbankpräsident*innen der G20-Staaten der „Compact with Africa Summit“ statt.

AFRIKASTRATEGIEN

Mehr Privatsektor wagen

Die aktuellen Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit durch westliche Länder treffen Afrika besonders hart. Um die Lücken zu schließen, richtet sich der Blick nun zunehmend auf den Privatsektor. Ein Vergleich der Afrikastrategien von vier europäischen Ländern zeigt, dass insbesondere Deutschland der Privatwirtschaft noch nicht genügend Gewicht beimisst.

VON SIMON ZÜFLE UND PHILIPP VON CARLOWITZ

In den letzten 20 Jahren haben zahlreiche Länder, unter anderem China, die USA und Russland sowie die EU, immer wieder Gipfeltreffen mit afrikanischen Ländern und der Afrikanischen Union (AU) abgehalten, was den wachsenden geostrategischen Wettbewerb um Afrika verdeutlicht. Die Beziehungen zu allen afrikanischen Ländern

gewinnen zunehmend an Bedeutung in der Außenwirtschaftspolitik vieler Länder.

Neben der Stärkung des politischen Einflusses in Afrika geht es vielen Ländern darum, ökonomische Beziehungen zu vertiefen und ein förderliches Umfeld für Geschäftsakti-

vitäten zu schaffen. So kündigte die EU-Kommission im Februar 2022 an, bis zu 150 Milliarden Euro im Rahmen der Global Gateway Initiative in afrikanische Länder zu investieren. Durch diese sollen unter anderem der ökologische und digitale Wandel sowie nachhaltiges Wirtschaftswachstum gefördert und Gesundheitssysteme ausgebaut werden.

Gleichzeitig positionieren mittlerweile einige EU-Mitgliedstaaten ihren Privatsektor als Akteur für die Erreichung entwicklungsökonomischer und -politischer Ziele. Die folgende vergleichende Betrachtung der Afrikastrategien von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden zeigt unterschiedliche Herangehensweisen sowie eine unterschiedliche Relevanz, die dem Privatsektor dabei beigemessen wird.

„Die Privatwirtschaft sollte in den Mittelpunkt der Afrikapolitik rücken.“

Alle vier Länder waren in der jüngsten Vergangenheit verstärkt diplomatisch aktiv: Deutschland ist eine treibende Kraft hinter der G20-Initiative „Compact with Africa“, die unter der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufen wurde. Ihr Ziel ist es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in afrikanischen Partnerländern zu verbessern, um Investitionen des Privatsektors zu fördern. Die französische Regierung hielt seit den 1970er-Jahren 28 Afrika-Frankreich-Gipfel ab, zuletzt 2021. Beim jüngsten Gipfel verfolgte die französische Regierung einen neuen Ansatz, indem sie statt afrikanischer Regierungsvertreter*innen zivilgesellschaftliche Akteure, Unternehmen, Intellektuelle und die afrikanische Diaspora einlud, um etwa über kulturelle Themen sowie Unternehmertum und Innovationen durch afrikanische und französische Start-ups zu sprechen. Die italienische Regierung veranstaltete im Januar 2024 einen Afrika-Gipfel, an dem 21 afrikanische Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Dies war der hochrangigste Gipfel, den Italien in den vergangenen Jahren ausrichtete – und ein Zeichen für den verstärkten Fokus auf den Kontinent. Die Niederlande hielten bislang keinen Afrika-Gipfel ab.

FRANKREICH

Präsident Emmanuel Macron stellte 2023 eine neue Afrika-Strategie vor. Neben einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung soll damit eine Neuaufstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angestoßen werden – weg von

klassischer Entwicklungszusammenarbeit und hin zu einer stärkeren Rolle des Privatsektors. Insbesondere soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, digitale Technologien sowie Kultur- und Kreativwirtschaft intensiviert werden.

Die Investitionen französischer Unternehmen in Afrika sollen zudem durch eine bessere Absicherung gegen Risiken unterstützt werden. Französische Unternehmen, die international expandieren, werden grundsätzlich vom „Team France Export“ gefördert. Diese Initiative bündelte das Angebot für den Markteinstieg vonseiten der Exportkredit- und Außenwirtschaftsagentur, nationalen und Außenhandelskammern sowie der einzelnen französischen Regionen, um Unternehmen einen schnellen Überblick über sämtliche Fördermöglichkeiten der Afrika-Aktivitäten zu bieten.

ITALIEN

Die italienische Regierung stellte im Jahr 2024 den Mattei-Plan vor, der sechs Säulen umfasst: Bildung, Landwirtschaft, Gesundheit, Energie, Wasser und Infrastruktur. Ziel ist die nachhaltige sozioökonomische Entwicklung Afrikas und die Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration. Die Rolle der italienischen Unternehmen liegt dabei vor allem in der Umsetzung dieses Plans, insbesondere im Hinblick auf Energieprojekte und die Förderung afrikanischer Start-ups. Der Mattei-Plan schließt an die 2020 verabschiedete Afrika-Strategie an, die einen Schwerpunkt auf wirtschaftliche Investitionen, insbesondere durch den italienischen Privatsektor, in den Bereichen Agrar- und Ernährungswirtschaft, erneuerbare Energien und Infrastruktur legte. Der Plan soll italienische Unternehmen bei der Expansion in Afrika und beim Abschluss erfolgreicher Partnerschaften unterstützen.

NIEDERLANDE

Die niederländische Regierung hat 2023 erstmals eine Strategie für den gesamten afrikanischen Kontinent vorgestellt, die auf zehn Jahre angelegt ist. Der Fokus liegt auf vier Bereichen: gleichberechtigte wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit, Migration sowie Armutsbekämpfung und Klimaschutz. Der Privatsektor hat dabei grundlegende Bedeutung für die Umsetzung aller Schwerpunktbereiche.

Zentral ist die Förderung des afrikanischen Privatsektors. Ziel ist es, Wertschöpfungsketten nachhaltiger zu gestalten und die lokale Produktion zu stärken, um afrikanischen Unternehmen den Zugang zu europäischen Märkten zu erleichtern. Besonders relevante Sektoren des privatwirtschaftlichen Engagements sind Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Infrastruktur. Acht afrikanische Länder (Ägypten, Côte d'Ivoire, Ghana, Kenia, Marokko, Nigeria, Senegal und Südafrika) sind Schwerpunktländer für

Projekte im Bereich des nachhaltigen und digitalen Wandels zur Schaffung lokaler Arbeitsplätze.

Auf der anderen Seite sollen innovative Finanzierungsmodelle Investitionen des niederländischen Privatsektors in Afrika erleichtern. Besonders betont wird die Rolle der afrikanischen Diaspora in den Niederlanden als Brücke zwischen beiden Regionen.

DEUTSCHLAND

In Deutschland haben einzelne Bundesministerien und die Bundesregierung in den vergangenen Jahren verschiedene Afrika-Strategien verabschiedet. So existieren Afrikastrategien des Verteidigungsministeriums (2015), des Bildungsministeriums (2018), des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023) und des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (2025). Die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung, koordiniert vom Auswärtigen Amt, wurden zuletzt Anfang 2025 aktualisiert.

Die Leitlinien gliedern sich in vier Säulen:

1. Gemeinsame Bewältigung globaler Herausforderungen,
2. Sicherheit, Frieden und nachhaltige Stabilität,
3. Stärkung demokratischer Resilienz sowie von Bildung, Wissenschaft und Innovation und
4. Nachhaltiges Wachstum, mehr ökonomischer Austausch und Unternehmenskooperation, lokale Wertschöpfung und Diversifizierung von Lieferketten.

In der letztgenannten Säule geht es um die Stärkung privatwirtschaftlicher Akteure, etwa Unternehmen in afrikanischen Ländern, deren Kooperation mit deutschen Unternehmen ausgeweitet werden soll. Allerdings wird der Privatsektor nicht als grundlegender Träger der Leitlinien angesehen, sondern nur in dieser Säule schwerpunktmäßig adressiert.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE AFRIKAPOLITIK

Die vergleichende Betrachtung der Afrikastrategien zeigt, dass alle Länder die ökonomische Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern und insbesondere privatwirtschaftliche Investitionen in Afrika intensivieren möchten. Unterschiede gibt es allerdings bei der Rolle des Privatsektors als Weichensteller für Afrikas Entwicklung. Während in Frankreich, Italien und den Niederlanden dem Privatsektor eine grundlegende Rolle zugeschrieben wird, um developmentpolitische und wirtschaftliche Ziele zu erreichen, wird der Privatsektor in Deutschland als eigenständiges Thema nur in einer

der Säulen der afrikapolitischen Leitlinien angesprochen.

Deutschland benötigt eine umfassende, ressortübergreifende Afrika-Strategie, die über themenspezifische Afrikapapiere einzelner Ministerien hinausgeht und einen integrierten Ansatz verfolgt. Ein solcher Ansatz sollte klare Ziele definieren, die wichtigsten Akteure der Afrikapolitik zusammenführen und eine zentrale Rolle für den Privatsektor etablieren.

Die Privatwirtschaft sollte in den Mittelpunkt der Afrikapolitik rücken, da deutsche und afrikanische Unternehmen eine wesentliche Rolle bei der Erreichung developmentpolitischer und ökonomischer Ziele spielen. Sie bringen darüber hinaus viele positive Effekte für die afrikanischen Länder mit sich: Durch Investitionen in Afrika tragen Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Technologietransfer und zum Wirtschaftswachstum bei, was zu politischer und sozialer Stabilität sowie zu reduzierter Abwanderung führt.

Eine stärkere Fokussierung der Afrikapolitik auf Unternehmen würde auch eine bessere Unterstützung für den Privatsektor beim Markteintritt in afrikanischen Ländern und im bereits laufenden Geschäft einschließen. Dies wäre für alle eine gewinnbringende Situation, in der die afrikanischen Länder, aber auch die deutsche Privatwirtschaft profitieren könnten, ohne neue Abhängigkeiten aufzubauen.

LITERATUR

Von Carlowitz, P., und Züfle, S., 2024: Herausforderungen und Strategien für das bayerische Afrikageschäft. Eine vbw Studie. <https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugang-englische-Medien/Abteilungen-GS/Volkswirtschaft/2024/Downloads/Studie-Herausforderungen-und-Strategien-f%C3%BCr-das-bayerische-Afrikagesch%C3%A4ft.pdf>



SIMON ZÜFLE

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Think Tank Doing Business in Africa an der ESB Business School der Hochschule Reutlingen.

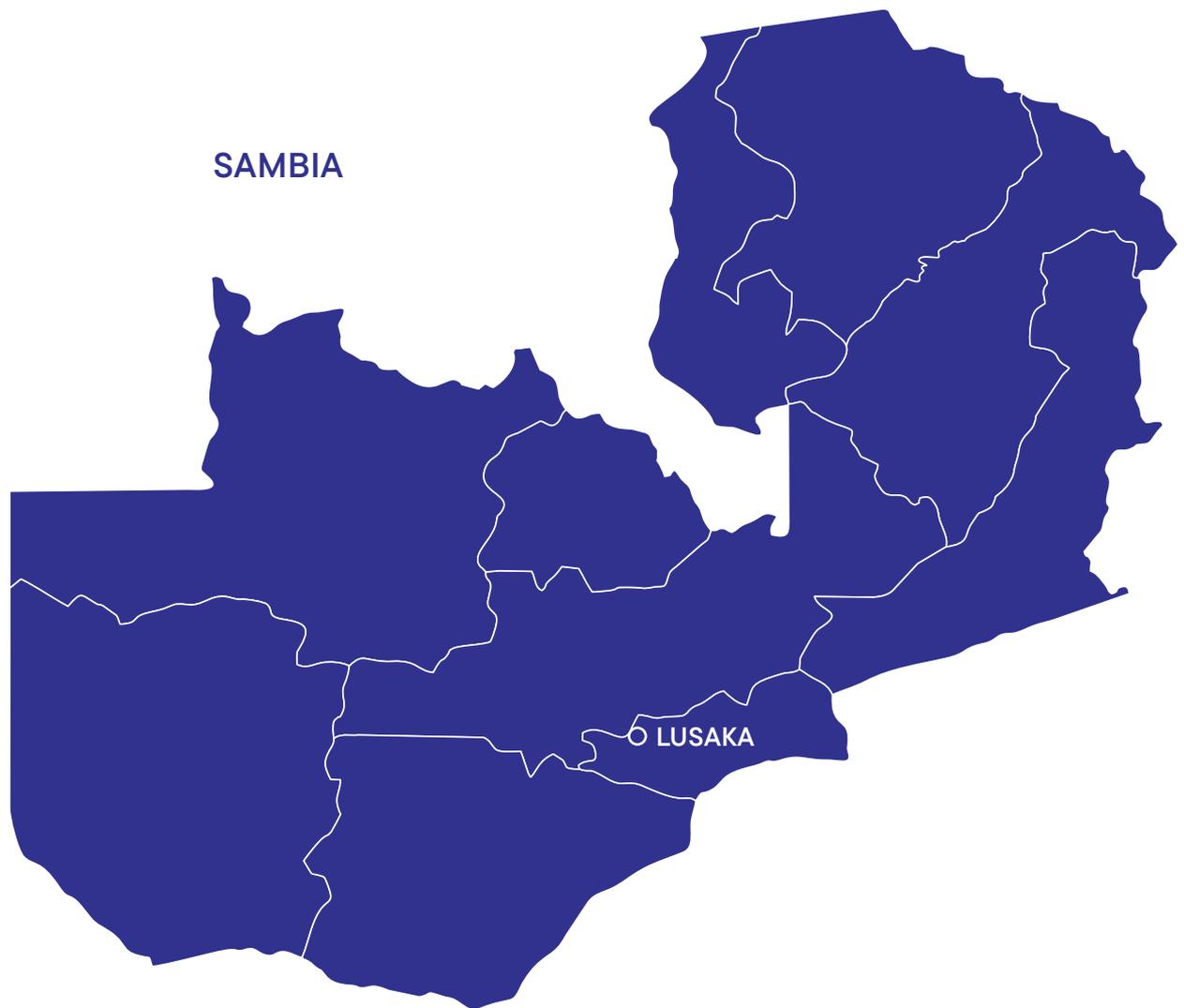
simon.zuefle@reutlingen-university.de



PHILIPP VON CARLOWITZ

ist Professor für Internationales und Strategisches Management und Leiter des Think Tanks Doing Business in Africa an der ESB Business School der Hochschule Reutlingen.

philipp.von-carlowitz@reutlingen-university.de



LANDWIRTSCHAFT

Wie Smart Farming Gemeinden in Sambia hilft, sich an Dürren anzupassen

*In Sambia wenden Landwirt*innen einfache, aber wirkungsvolle, klimafreundliche Methoden an, um Dürreperioden zu überstehen. Ein lokales Ausbildungsprogramm hilft jungen Menschen und Frauen, trotz ausbleibenden Regens ihre Ernährung und ihr Einkommen zu sichern.*

VON DERRICK SILIMINA

Im südlichen Magoye-Gebiet Sambias, im Distrikt Mazabuka, warten die Bauern auf Regen, der nicht kommen wird. Einst fruchtbare Felder sind mittlerweile trocken und rissig, verbrannt von der unerbittlichen Sonne. „Es ist über einen Monat her, seit das letzte Mal Regen gefallen ist“, sagt Kleinbauer Daniel Chola. „Wir beten einfach um Regen, damit wir etwas zu essen haben.“

Wie viele andere im Süden Sambias hat Chola aufgrund der anhaltenden Trockenheit im Zusammenhang mit dem Wetterphänomen El Niño einen Rückgang seiner Erträge erlebt. Die Anfälligkeit der Region wird durch die ungewisse Aussicht auf ein feuchteres La-Niña-Ereignis in den Jahren 2024 und 2025 noch verstärkt. In der Saison 2023/24 konnte Chola nur 13 Säcke Mais ernten. Dieses Jahr rechnet er mit noch weniger.

Die Folgen der Dürre reichen weit über Cholas Felder hinaus. Anfang 2024 erklärte die sambische Regierung den nationalen Notstand, als die Wasserstände der großen Wasserkraftwerke so tief sanken, dass es zu Unterbrechungen in der Stromversorgung kam und deutlich wurde, wie eng Energie-, Nahrungsmittel- und Wassersysteme miteinander verbunden sind.

WISSEN UND GEMEINSCHAFT ALS INSTRUMENTE FÜR RESILIENZ

Eine Antwort auf diese Herausforderungen ist die Emerging Farmers Initiative (EFI). Die basisorientierte Initiative konzentriert sich im nahegelegenen Distrikt Monze auf die Ausbildung von Frauen und jungen Menschen in klimafreundlicher Landwirtschaft und integrierten Anbausystemen. „Diese Region hat wiederholt unter Dürren gelitten. Der Klimawandel ist nicht mehr abstrakt – er ist unsere gelebte Realität“, sagt Projektleiterin Juunza Mwangani.

Die Teilnehmenden lernen, wie sie mithilfe von Tropfbewässerung Wasser sparen, neben dem Pflanzenanbau auch Fisch züchten und ihren Lebensunterhalt durch Viehzucht und Gemüseanbau diversifizieren können. Die Initiative fördert auch nachhaltige Landwirtschaft und den reduzierten Einsatz von Pestiziden, um die Bodengesundheit langfristig zu verbessern. Seit 2022 wurden mehr als 100 junge Menschen auf der Modellfarm der New James Corboy S.J. Secondary School ausgebildet, zu der ein tropfenbewässerter Garten, Fischteiche und eine Futtermittelproduktionsanlage gehören. „Ich betrachte die Landwirtschaft jetzt als Geschäft“, sagt die 19-jährige Jane Muleya, die nach der Schule in der Agrarwirtschaft arbeiten möchte.

VON MAIS ZU ZIEGEN: WIE FRAUEN DEN WANDEL GESTALTEN

Das EFI richtet sich speziell an Frauen, die für die Ernährungssicherheit im ländlichen Raum eine entscheidende Rolle

spielen, aber oft keinen Zugang zu Land und finanziellen Ressourcen haben. Was mit nur vier Teilnehmerinnen begann, ist mittlerweile auf 75 Frauen angewachsen – jede von ihnen wird ermutigt, ihrerseits zwei weitere Frauen zu betreuen.

Mercy Miyanda, 60, erhielt Anfang 2024 im Rahmen des Programms fünf Ziegen. „Mittlerweile sind daraus 15 geworden“, sagt sie. „Die Initiative hat uns das Vieh gegeben und viel beigebracht – das hat alles verändert.“

Eine weitere Teilnehmerin, Christabel Cheelo, versorgt einen zehnköpfigen Haushalt durch Gartenbau, Geflügel- und Fischzucht. „Ich bin nun nicht mehr allein vom Regen abhängig, und durch die Kombination kann ich die Schulgebühren bezahlen und meine Kinder ernähren“, sagt sie.

Mit kostengünstigen Technologien, praktischen Schulungen und dem gemeinschaftsbasierten Ansatz gilt das EFI heute als vielversprechendes Modell für die Anpassung an den Klimawandel in ländlichen Gebieten. Sambia wird weiterhin mit den drastischen Auswirkungen der globalen Erwärmung konfrontiert sein, doch Initiativen wie diese zeigen, dass Resilienz im Kleinen beginnen kann – mit einem Garten, einer Ziege und dem Fokus auf die eigene Gemeinschaft.



DERRICK SILIMINA

ist freiberuflicher Journalist mit Sitz in Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

Was wir von Indigener Weisheit lernen müssen



Illustration: Yacunã Tuxá

„Aktivistin Mayalú Kokometi Waurá Txucarramãe“ für das Projekt „Indigene Visionen für Rechte, Engagement und eine nachhaltige Welt“.

UNSERE SICHT

Indigene Vorbilder

Indigene Lebensweisen haben jahrhundertlang widrigen Bedingungen standgehalten. Die Weltgemeinschaft muss sie besser schützen – und von ihnen lernen.

 VON KATHARINA WILHELM OTIENO

In allen Ländern dieser Welt gibt es Menschen, die zuerst da waren, die Wälder, Wüsten, Meere und Gebirge kannten und nutzten, lange, bevor der erste Besuch von anderswo kam. Nicht alle, aber viele dieser „ersten Völker“ haben bis heute überdauert. Ihre Nachfahren werden heute als Indigene bezeichnet.

Es war der Kontakt mit anderen, der Indigene Menschen überhaupt erst als solche definierte – und der für sie seit jeher die Gefahr der Zerstörung barg. Das verdeutlicht schon der erste Definitionsversuch der UN-Arbeitsgruppe über Indigene Bevölkerungen von 1982, der heute noch immer ein Bezugspunkt ist. Als Indigene Bevölkerung bezeichnet sie „Nachfahren von Völkern, die das gegenwärtige Territorium eines Landes (...) bewohnten zu der Zeit, als Menschen (...) aus anderen Teilen der Welt dort ankamen, sie unterwarfen und durch Eroberung, Besiedlung oder andere Mittel auf einen untergeordneten oder kolonialen Zustand reduzierten (...)“.

Das Bewusstsein, Indigene Identität als etwas Eigenes und Schützenswertes zu leben, bildete sich also heraus in Abgrenzung gegenüber dem Fremden, das sie in den allermeisten Fällen aufzulösen versuchte. Das gilt bis heute und – in extremer Form – für die Völker, die nach wie vor in selbstgewählter Isolation etwa im Amazonas leben und damit den Schutz ihrer Lebensweise über die Annehmlichkeiten der modernen Welt stellen.

Ein weiterer Teil der UN-Definition bezieht sich darauf, dass Indigene „heute mehr in Übereinstimmung mit ihren (...) Traditionen leben als mit den Institutionen des Landes, von dem sie nun Teil sind, unter einer staatlichen Struktur, die hauptsächlich die (...) Merkmale anderer Bevölkerungssegmente verkörpert, die vorherrschend sind“. Tatsächlich geht es für Indigene auch heute noch um die Bewahrung der eigenen Identität und Lebensform in einem Umfeld, das teilweise ganz anders lebt.

Bedroht sind Indigene Gruppen aber auch durch die Ausbeutung von Indigenem Land und Leben, etwa für touristische Zwecke. Von Bali bis nach Benin werden mittlerweile „authentic Indigenous experiences“ versprochen. Dahinter kann sich die Teilnahme an inszenierten Ritualen ebenso verbergen wie Ausflüge in eigentlich geschützte Territorien. Eine solche Verwässerung erschwert es, vulnerable Indigene Gruppen zu identifizieren und zu schützen.

Die wohl größte Gefahr für Indigenes Leben stellt der Kapitalismus dar: Unzählige Indigene Gemeinden auf der ganzen Welt können von Landnahme, Vertreibung oder gefährlicher Verschmutzung lebenswichtiger Ressourcen in ihren Territorien berichten, wenn Gold abgebaut, Wald gerodet oder Staudämme gebaut werden.

Der Verlust Indigenen Lebens ist auch für die sogenannte moderne Gesellschaft ein Problem. Denn eigentlich liegt es auf der Hand: Von jeder Lebensweise, die so lange, unter so viel Druck von außen und widrigsten Bedingungen überdauert hat, können und müssen wir lernen. Das zeigen nicht zuletzt die Geschichten und Stimmen der Vertreter*innen der Turkana, Santal, Maasai oder Mapuche, die neben vielen anderen im Schwerpunkt dieser Ausgabe zu Wort kommen.

Wir müssen ihnen zuhören – um wiedergutmachen zu können, was ihnen über Jahrhunderte hinweg angetan wurde; um sie vor künftigen Leid zu schützen; aber auch um unserer selbst Willen. Angesichts der vielfältigen globalen Krisen benötigen wir mehr denn je resiliente Vorbilder, wie so viele Indigene Menschen es sind.



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z/D+C und arbeitet zeitweise in Nairobi.

euz.editor@dandc.eu

„Wenn ich all das verliere, bin ich verloren“

Für Sonami Baski, Studentin aus dem indischen Bundesstaat Westbengalen, definieren ihre Indigene Gemeinschaft und deren Kultur ihr ganzes Leben. Trotz mancher Schwierigkeiten ist sie stolz darauf, dazuzugehören. Sie sprach mit Ipil Baski.

SONAMI BASKI

ist Studentin und gehört zur Santal-Gemeinschaft.

euz.editor@dandc.eu



Bitte stellen Sie sich kurz vor: Wo leben Sie, und zu welcher Indigenen Gemeinschaft gehören Sie?

Mein Name ist Sonami Baski, und ich komme aus einem Dorf namens Bishnubati in Bolpur, Westbengalen. Ich bin Studentin und gehöre zur indigenen Gruppe der Santals.

Was bedeutet Ihnen Ihre Indigene Identität?

Meine Identität als Adivasi – das bedeutet „Ureinwohner“ und ist der Name, den wir und andere Indigene Gruppen in Indien und Bangladesch uns gegeben haben – bedeutet mir alles. Sie zeigt mir, wer und was ich bin und wo meine Wurzeln liegen.

Meine Identität drückt sich aus in meiner Sprache, Kultur, Kleidung und in der Küche. Wenn ich all das verliere, bin ich verloren. An meiner Gemeinschaft mag ich einfach alles: die Lieder und Tänze, die Kleidung und unseren Stil, die Religion und die Feste, sogar die Regeln und Vorschriften. Ich mag auch, dass Männer und Frauen bei uns gleichberechtigt behandelt werden.

„Es gibt viel Armut, deshalb gehen die jungen Leute früh von der Schule ab.“

Was gibt es an der Situation der Gemeinschaft zu verbessern?

Es gibt viel Armut, deshalb gehen die jungen Leute früh von der Schule ab. Sie sind gezwungen, auf dem Feld zu arbeiten oder in die größeren Städte zu ziehen, um Arbeit zu finden. In unserer Gesellschaft fangen vor allem junge Männer schon sehr früh damit an, Alkohol zu trinken. Es gibt auch Fälle von früher Verheiratung. Grundsätzlich fehlt es an Bildung, und die Leute sollten mehr auf ihre eigene Gesundheit achten.

Was kann die Welt von Ihrer Gemeinschaft lernen?

Ganz viel, denke ich. Wir haben zum Beispiel verschiedene Tänze für verschiedene Jahreszeiten und Anlässe. Wir machen vieles auf eine besondere Art: wie wir unsere Häuser bauen, sauber halten und dekorieren, Matten flechten, Besen herstellen und Tiere jagen, zum Beispiel. Außerdem kennen wir uns sehr gut mit Heilpflanzen aus.

Davon abgesehen ist unsere Gemeinschaft wahrscheinlich bei der Erfüllung mancher Entwicklungsziele weiter als manche nichtindigenen Gesellschaften: Bei uns geht es nicht streng patriarchal zu, Frauen sind frei. Und wir Adivasi verehren die Natur. Wir nehmen uns von ihr nur das, was wir brauchen, und machen sie nicht unnötig kaputt oder töten Tiere, wenn es nicht sein muss.

ALAIS OLE-MORINDAT

ist ein Massai-Hirte und Programmdirektor bei African People and Wildlife (APW). Er setzt sich für die Förderung der Klimaresilienz in Hirtengemeinschaften ein und hat mit mehreren internationalen Organisationen und NGOs zusammengearbeitet.

olemorindat@hotmail.com



Foto: Michaela Kuhn, Bild by Trade Foundation

„Die Welt gehört uns allen“

Die Massai leben seit Jahrhunderten im Einklang mit der Natur. Doch ihre Lebensweise wird zunehmend bedroht. Alais Ole-Morindat erklärt, wie ihm seine indigene Identität lehrt, die Gaben der Natur zu bewahren und an künftige Generationen weiterzugeben – eine Lehre, die auch die industrielle Welt lernen sollte. Er sprach mit Eva-Maria Verfürth.

Sie stammen aus einem Massai-Dorf in der Nähe der Nationalparks Tarangire und Manyara im Norden Tansanias. Was bedeutet Ihnen Ihre Massai-Identität?

Als Massai und Viehzüchter basiert meine Lebensphilosophie auf drei Säulen, von denen aus ich meinen Gott, die Menschen auf der Erde, die Zukunft und meine Realität betrachte. Die erste dieser Säulen sind die natürlichen Ressourcen: Wasser, Weideland, Hoch- und Tiefland, Wälder, Grasland, Salzpfannen und Wildtiere. All diese Ressourcen sind Geschenke Gottes, und wir tragen die Verantwortung, sie für die Millionen von Menschen zu bewahren, die nach uns kommen werden. Ich muss den Stab also an die jüngere Generation weiterreichen und ihr sagen, dass sie dieses Geschenk ebenfalls schützen soll.

Die zweite Säule ist meine Viehherde: Rinder, Schafe und Esel. Sie ermöglichen mir Tag für Tag meinen Lebensunterhalt. Ich trinke Milch, esse Fleisch, verkaufe Kühe und bezahle mit dem Geld Rechnungen und Steuern. Auch mein Vieh nutzt die erste Säule, da es Land, Weideland und Wasser benötigt.

Die dritte Säule ist meine Gemeinschaft: Wir müssen gemeinsam wachsen. Unser Ansatz ist, dass wir alle leben und nebeneinander existieren wollen, und unsere Strategie dafür ist die Mobilität: Da wir in Trockengebieten leben, ziehen wir weiter, wenn es kein Gras mehr gibt oder es nicht regnet. Wir verhandeln mit den anderen, wohin wir ziehen, damit wir nicht mit ihnen kämpfen müssen. All das ist Teil des Systems.

Dieses System ist jedoch zunehmend in Gefahr.

Ja, Wirtschaftsunternehmen aller Art setzen dem System zu. Dazu gehören Agrarunternehmen, der Abbau von Edelsteinen wie Tansanit, Rubin und Diamanten sowie der Bau von Luxuscamp und -hotels. All das geschieht zu einer Zeit, in der kaum Regen fällt, sich das Klima verändert und die Welt nicht zur Ruhe kommt. Als Indigene befürchten wir, dass immer mehr Ressourcen benötigt werden und wir unsere Lebensgrundlage verlieren.

Was möchten Sie den Menschen mitgeben, die Ihre Lebensweise bedrohen?

Die Ressourcengewinnung der industriellen Welt ist zu egoistisch. Seit Langem schützen wir Indigene Natur und Tierwelt, die nun ausgebeutet werden. Wir sind die Hüter der Artenvielfalt; sie ist Teil unserer Philosophie. Der wirtschaftliche und politische Wert der natürlichen Ressourcen mag wichtig sein, aber die soziokulturelle und spirituelle Bedeutung hat für uns einen höheren Stellenwert. Das ökologische Gleichgewicht zu erhalten, gibt uns ein Gefühl des inneren Friedens; wir blicken dann positiv in die Zukunft. Wir sollten nicht egoistisch sein. Als Generation sollten wir uns vielmehr unserer Verantwortung bewusst sein und das Zepher an jene weiterreichen, die noch geboren werden.

Was würde Ihnen als Massai-Gemeinschaft helfen?

Wir müssen bei jedem Entwicklungsdialog und jedem Naturschutzprozess in den Mittelpunkt gestellt werden – als Subjekte, nicht als Objekte. Außerdem muss es uns möglich sein, unsere Argumente gegenüber Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen zu vertreten. So wie die Wissenschaft die Prozesse beeinflusst, sollten auch unsere Traditionen und Werte eine Rolle spielen. Wenn unsere Welt eine Zukunft haben soll, haben wir keine Zeit mehr für Monologe – wir müssen in den Dialog kommen. Bei den derzeitigen globalen Strukturen sind es jedoch nur wenige Menschen, die diskutieren und Entscheidungen treffen. Als Indigene werden wir in der Debatte kaum gehört, dabei haben wir durch den Klimawandel am meisten zu verlieren. Ich möchte, dass die Armen, Ausgegrenzten und Stimmlosen Teil des Diskurses werden, damit auch ihre Perspektive Einfluss auf die Politik hat und damit auf die Art und Weise, wie wir als Menschen leben wollen. Die Welt gehört uns allen miteinander, also müssen wir auch miteinander reden.

„Als Indigene befürchten wir, dass immer mehr unserer Ressourcen benötigt werden und wir unsere Lebensgrundlage verlieren.“

Wir sprachen mit Alais Ole-Morindat auf einer Pressekonferenz von Aid by Trade Foundation während der Hamburg Sustainability Conference 2025.

JAN OLLI

ist Sámi aus Nordnorwegen und hat sich als Direktor von Finnmarkseiendommen (FeFo) für Sámi-Gemeinschaften engagiert. Die Landverwaltungsbehörde ist zuständig für rund 95 % des Territoriums der Provinz Finnmark, der nördlichsten Region Norwegens. Mittlerweile ist er im Ruhestand und setzt sich weiterhin für ein breiteres Verständnis der samischen Identität ein.

euz.editor@dandc.eu



Foto: Jan Olli

„Wir wollen Teil des Fortschritts sein, ohne unsere Identität aufzugeben“

Was bedeutet es heute, Sámi zu sein? Im Interview hinterfragt der Sámi-Aktivist Jan Olli gängige Klischees und erklärt, weshalb die Indigene Identität nicht auf Rentierzucht und Traditionen reduziert werden darf, sondern in Sprache, Geschichte und Zugehörigkeit verwurzelt sein sollte. Er sprach mit Leon Kirschgens.

Sie stammen aus einer Sámi-Familie in Nordnorwegen. Was bedeutet Ihnen Ihre Sámi-Identität?

Genau, ich bin in einer Küstengemeinde im hohen Norden aufgewachsen. Zu Hause haben wir Sámi gesprochen. Meine beiden Großmütter haben sogar überhaupt kein Norwegisch gesprochen – Sámi ist also immer unsere Muttersprache gewesen, die uns über Generationen hinweg verbunden hat. Mein Vater hat bis in die 1960er-Jahre hinein als Fischer gearbeitet, danach im Straßenbau. Auch wenn wir Sámi sind, hat sich unser Alltag also kaum von dem unserer norwegischen Nachbarn unterschieden.

Das anzuerkennen, finde ich sehr wichtig, weil unsere Sámi-Identität nicht so sehr davon abhängt, wie man lebt, sondern davon, wer man ist. Unsere Wurzeln liegen in unseren kulturellen Praktiken, unserer Abstammung und Sprache. Leider wird das oft übersehen. Viele Menschen, selbst hier in Norwegen, stellen sich unter „echten“ Sámi immer noch Menschen vor, die auf eine bestimmte Weise gekleidet sind oder leben. Das ist höchst problematisch.

Damit meinen Sie vermutlich, dass viele Menschen mit den Sámi vor allem die Rentierhaltung assoziieren?

Genau. Die Rentierhaltung ist zu einem Symbol unserer Kultur geworden; dabei betreiben sie nur noch rund zehn Prozent der Sámi tatsächlich. Dennoch hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung festgesetzt: Nur wer Rentiere hält, kann „echter“ Sámi sein. Selbst einige Sámi reproduzieren diese verzerrte Vorstellung – vor allem jene, die in Städte gezogen sind und sami-sche Traditionen bewahren wollen. Es ist also paradox: Ausgerechnet jene, die sich am vehementesten für eine traditionelle Lebensweise starkmachen, sind oft am weitesten von ihr entfernt. Das soll keine Kritik sein; aber hier zeigt sich, wie groß der Druck ist, einem bestimmten Bild entsprechen zu müssen, selbst wenn die große Mehrheit von uns dies nicht tut.

Was muss sich ändern, um die Sámi-Gemeinschaft als Ganzes zu unterstützen?

Zunächst einmal müssen wir eine grundlegend andere Perspektive einnehmen. Indigene Identität darf nicht am Lebensstil gemessen werden. Nur weil jemand nicht „traditionell“ lebt, heißt das nicht, dass die Person weniger Sámi ist. Alle sollten dieselben Rechte haben, dieselbe Anerkennung erfahren und sich gleichermaßen kulturell zugehörig fühlen dürfen. In Politik und Gesellschaft wird leider implizit oft das Gegenteil vermittelt.

Außerdem müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass sich moderne Entwicklung und Indigene Rechte grundsätzlich widersprechen. Wie alle anderen auch nutzen Sámi die Infrastruktur, brauchen Arbeitsplätze, gute Schulen und Gesundheitsversorgung. Wir sind nicht gegen Fortschritt – wir wollen Teil davon sein, ohne unsere Identität aufzugeben. Gleichzeitig müssen wir die Grundlagen unserer Identität als Sámi stärken. Dazu gehören Sprache, Historie und unser kollektives Gedächtnis. Hierbei kommt auch dem Staat eine gewisse Verantwortung zu; es darf nicht Einzelnen oder einer kleinen kulturellen Elite überlassen werden.

Wie könnte das in der Praxis aussehen, etwa im Bildungsbereich?

Als ich zur Schule gegangen bin, habe ich erst in der Sekundarstufe etwas über unsere Herkunft gelernt. Das führt zu Entfremdung. Wenn junge Menschen ihre Identität verstehen und wertschätzen sollen, müssen sie sie in ihrem Alltag wiederfinden, nicht nur auf Festen oder im Museum. Unsere Sprache sollte deshalb in den Kerngebieten der Sámi verpflichtend unterrichtet werden – sonst wird sie verschwinden. Es reicht nicht, sie nur als Wahlfach anzubieten. Wir brauchen außerdem eine umfassende Integration der sami-schen Geschichte, Literatur, Musik und Perspektiven in den Lehrplan, beginnend im Kindergarten. Nur so schaffen wir es, dass die Identität der Sámi nicht nur als Postkartenmotiv wahrgenommen wird, sondern als eine, die lebendig ist und sich entwickelt.

„Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass sich moderne Entwicklung und Indigene Rechte grundsätzlich widersprechen.“

„Unsere Fähigkeit, unsere Identität zu bewahren und gleichzeitig Wandel zuzulassen, ist außergewöhnlich“

Was bedeutet es heute, eine Turkana zu sein? Rael Nkoi Lomoti ist Gründerin der ersten Mädchenfußballmannschaft der Turkana und setzt sich in ihrer Gemeinde für Bildung, Geschlechtergleichstellung und Klimagerechtigkeit ein. Sie sprach mit Katharina Wilhelm Otieno.

Was bedeutet Ihnen Ihre Indigene Identität?

Meine Identität als Turkana ist tief in unserem historischen und kulturellen Erbe verwurzelt, das durch jahrhundertelange Anpassung an die trockene Umgebung im Nordwesten Kenias, insbesondere rund um den Turkana-See, geprägt wurde. Die Turkana sind eine nilotische Ethnie und Teil der Ateker-Konföderation, wie wir eine Gruppe eng verwandter Indigener Gruppen nennen: die Jie, Karamojong, Turkana, Toposa, Nyangatom, Teso und Lango. Unsere Ursprünge reichen bis in den Südsudan zurück, und wir sind im 17. Jahrhundert in unser heutiges Gebiet eingewandert.

Diese Identität ist nicht nur ein Etikett, sondern eine gelebte Erfahrung, die sich um unseren nomadischen Lebensstil als Viehzüchter*innen dreht, in dem Vieh – Rinder, Ziegen, Kamele und Schafe – für unsere Wirtschaft, unsere soziale Struktur und unseren spirituellen Glauben von zentraler Bedeutung ist. Vieh ist nicht nur ein wirtschaftlicher Wert, sondern symbolisiert Reichtum und Status und wird beispielsweise bei Verhandlungen über Brautpreise und Mitgiften eingesetzt.

Wo kommt diese Identität noch zum Ausdruck?

Unsere kulturellen Praktiken sind dynamische Ausdrucksformen dieser Identität. Beispiele hierfür sind unsere Korbflechterei, traditionelle Tänze wie Edong'a, Naleyoyu und Ekimuomuor sowie das jährliche Tobong'u Lore Cultural Festival (was „Willkommen zu Hause“ bedeutet).

Unsere soziale Struktur basiert nach wie vor auf Familien und Clans mit Unterteilungen wie Ngirsai (Leopard) und Ngimor (Stein), die unsere gemeinschaftliche Organisation widerspiegeln.

Frauen sind auch heute noch besonders versiert in der Herstellung von Perlenarbeiten und dem Bau temporärer Häuser aus Zweigen und Palmwedeln. Männer praktizieren nach wie vor Stockkampf und stellen Waffen wie Speere und Handmesser her.

Spirituell basiert unsere Identität auf unserem Glauben an Akuj, den höchsten Gott, und der Verehrung unserer Vorfahren, die unser moralisches und soziales Gefüge prägen. Unsere Sprache, Ng'aturkana, eine östliche nilotische Sprache, ist ein wichtiges Bindeglied zu unserem Erbe und bewahrt mündliche Traditionen in Sprichwörtern, Liedern und Geschichten. Als junge Frau bin ich bis heute stolz auf diese Identität.

Was kann die Welt von den Turkana lernen?

Die Turkana haben der Welt verschiedene Erfahrungen zu bieten, die globale Praktiken beeinflussen können, insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit und sozialer Zusammenhalt. Unser Ressourcenmanagement und unsere traditionellen Wissenssysteme sind herausragend und wurden über Jahrhunderte hinweg in einer kargen Umgebung perfektioniert.

Untersuchungen zeigen, dass unsere saisonale Migration und Techniken zur Wassereinsparung, wie das Graben flacher Brunnen in trockenen Flussbetten, eine effektive Anpassung an schwierige Umweltbedingungen darstellen. Ein weiteres Beispiel ist unsere Fähigkeit, Wetterbedingungen durch die Beobachtung der Sterne oder des Verhaltens von Tieren und Pflanzen vorherzusagen, was moderne Wissenschaften wie die Meteorologie bereichern kann. Solches Wissen ist angesichts des Klimawandels von entscheidender Bedeutung, da unsere Verfahren Modelle für nachhaltiges Leben in trockenen Regionen bieten.

Unsere Widerstandsfähigkeit in schwierigen Zeiten ist eine weitere wichtige Lektion. Da wir in einer der unwirt-

„Konflikte zwischen verschiedenen Gemeinschaften um Ressourcen halten an.“

RAEL NKOI LOMOTI

ist Gründerin von Desert Roses und eine Turkana. „Roses Will Rise“, ein Buch über ihr Leben und ihre Arbeit, erscheint im Oktober. Mehr Informationen zu ihren Projekten:

www.turkanadesertroses.org

desertroseturkana@gmail.com



lichsten Klimazonen Ostafrikas leben, haben wir Strategien entwickelt, um zu überleben und zu wachsen, beispielsweise durch die Diversifizierung unserer Lebensgrundlagen mittels Fischerei, Kleinhandel und Handwerk, insbesondere rund um den Turkana-See. Diese Anpassungsfähigkeit kann andere Gemeinschaften, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, dazu inspirieren, moderne Techniken in ihr traditionelles Wissen zu integrieren.

Was ist mit sozialen und kulturellen Aspekten?

Unser starker Gemeinschaftssinn und unsere gegenseitige Unterstützung können ein Vorbild sein. In der Kultur der Turkana ist es üblich, in Zeiten der Not Ressourcen wie Vieh und Nahrung zu teilen, was den sozialen Zusammenhalt und das kollektive Wohlergehen fördert und im Gegensatz zu den individualistischen Tendenzen moderner Gesellschaften steht. Die Methoden der Turkana zur Konfliktlösung, wie beispielsweise der von Ältesten vermittelte Dialog, können moderne Regierungsformen ergänzen.

Unsere Fähigkeit, unsere Identität zu bewahren und gleichzeitig Wandel zuzulassen, ist ebenfalls außergewöhnlich. Wir bleiben angesichts von Herausforderungen wie Dürre, Konflikten und Marginalisierung widerstandsfähig und haben westliche Bildung, das Christentum und neue wirtschaftliche Möglichkeiten integriert, ohne unsere Grundwerte zu verlieren. So gewährleisten wir kulturelle Kontinuität in einer globalisierten Welt.

Für viele junge Menschen, mich eingeschlossen, bedeutet die Identifikation mit der Turkana-Kultur ein starkes Zugehörigkeitsgefühl und ein Unterstützungssystem, das über die Kernfamilie hinausgeht. In einer globalisier-

ten Welt, in der junge Menschen sich oft entwurzelt fühlen, bietet unsere Kultur eine Grundlage für gemeinsame Identität und Sinnstiftung. Diese Verbindung zu unserem Ursprung gibt uns eine einzigartige Perspektive auf Resilienz und Gemeinschaft und befähigt uns, moderne Herausforderungen zu meistern und gleichzeitig unseren Werten treu zu bleiben.

„Unsere Verfahren bieten Modelle für nachhaltiges Leben in trockenen Regionen.“

Was würde die Situation der Turkana verbessern?

Unsere Situation muss sich in allen Bereichen verbessern. Der Zugang zu guter Bildung ist von entscheidender Bedeutung, da viele Kinder in Turkana, insbesondere in abgelegenen Gebieten, nicht zur Schule gehen. Der Bau weiterer Schulen, die Vergabe von Stipendien und Berufsbildungsangebote in Bereichen wie Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Tourismus würden junge Menschen stärken und die Lebensgrundlagen diversifizieren.

Angesichts des schlechten Zustands der Straßen, der Gesundheitseinrichtungen und der Wasserversorgung in unserer Region sind auch Verbesserungen der Infrastruktur unerlässlich. Investitionen in Bohrlöcher, Bewässerungssysteme und mobile Kliniken würden den Zugang zu Wasser und Gesundheitsdiensten verbessern, während bessere Straßen abgelegene Gemeinden mit Märkten verbinden und so die wirtschaftliche Isolation verringern würden.

Nachhaltige wirtschaftliche Möglichkeiten wie Fischereigenossenschaften, Ökotourismus und Perlenstickerei, ergänzt durch Schulungen in klimafreund-

licher Landwirtschaft und Zugang zu Mikrofinanzierungen, können zusätzliche Einkommensquellen erschließen, die insbesondere Frauen stärken würden.

Angesichts der Anfälligkeit unserer trockenen Region ist es außerdem von entscheidender Bedeutung, Klimawandel und Umweltzerstörung zu bekämpfen. Initiativen wie Wiederaufforstung, Wassergewinnung und Projekte im Bereich erneuerbarer Energien können die Auswirkungen von Dürren abmildern. Partnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen und der Regierung zur Wiederherstellung degradierter Flächen könnten unsere Lebensweise als Viehzüchter*innen unterstützen und Ernährungssicherheit gewährleisten.

Die Region Turkana gerät immer wieder wegen Konflikten zwischen verschiedenen Akteuren in die Schlagzeilen. Was kann hier verbessert werden?

Konflikte zwischen verschiedenen Gemeinschaften um Ressourcen halten an. Die Stärkung traditioneller Friedensmechanismen wie Ältestenräte und die Unterstützung von Entwaffnungsprogrammen können Gewalt reduzieren, während eine kooperative Ressourcenbewirtschaftung mit benachbarten Gemeinschaften die Stabilität fördern würde.

Angesichts unserer historischen Marginalisierung sind schließlich die Sicherung von Landrechten und die Gewährleistung politischer Vertretung wichtig. Sinnvolle Beratungen und eine gerechte Verteilung der Gewinne aus Entwicklungsprojekten wie der Ölförderung sowie eine stärkere politische Beteiligung auf nationaler und regionaler Ebene würden unsere Interessen schützen, insbesondere bei Großprojekten, die unser angestammtes Land betreffen.

Was ist der größte Erfolg, den Ihre Gemeinschaft erzielt hat?

Die Stärkung der Frauen in Turkana durch wirtschaftliche Initiativen wie Perlenstickerei-Kooperativen und Kleinhandel hat die Haushaltseinkommen verbessert, traditionelle Geschlechternormen infrage gestellt und zu mehr Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft beigetragen. Das ist etwas, das ich durch meine gemeindebasierte Organisation Desert Roses mit Initiativen wie der „Let the Girl Play Initiative“ weiter fördern möchte, die junge Frauen durch die Förderung von Bildung und Führungskompetenzen im Sport stärkt und so ihr Selbstbewusstsein und ihre Chancen verbessert.

Unsere Zusammenarbeit mit der Forschung und die weltweite Anerkennung der archäologischen Stätte Koobi Fora, die bedeutende archäologische Funde hervorgebracht hat, haben Turkana als eine Wiege der Menschheit bekannt gemacht, touristische Möglichkeiten geschaffen und unseren Stolz auf unsere Identität und unsere Verbindung zu den Ursprüngen der Menschheit gestärkt.

Die größte Errungenschaft der Turkana ist jedoch unsere anhaltende Widerstandsfähigkeit und kulturelle Kontinuität trotz zahlreicher Herausforderungen. Unsere Fähigkeit, unsere Traditionen und Lebensweise über Generationen hinweg zu bewahren und der heutigen Jugend ein Gefühl der Identität zu vermitteln, während wir uns gleichzeitig an Veränderungen anpassen, ist ein Beweis für unsere Stärke.

Rael ist die Pionierin des Frauenfußballs in Turkana County.



LANDRECHTE UND UMWELTSCHUTZ

Wo ist Julia Chuñil?

Die Umweltaktivistin der Mapuche verschwand im November 2024 unter ungeklärten Umständen; seitdem kommen die Ermittlungen kaum voran. Der Fall zeigt, wie gefährlich Indigener Aktivismus in Chile ist: Beim Widerstand gegen die Holzwirtschaft kommt es auch immer wieder zu Konflikten mit dem Staat.

VON JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA

„Für uns ist meine Mutter nicht mehr am Leben. Auch wenn das im Moment hart klingt, wollen wir wenigstens ihre Gebeine finden.“ Diese Sätze stammen von Pablo San Martín Chuñil, einem der fünf Kinder von Julia Chuñil Catricura. Die Umweltaktivistin der Mapuche wurde zuletzt am 8. November 2024 gesehen, auf einem umkämpften Grundstück in der Nähe des Ortes Máfil, etwa 800 Kilometer südlich der chilenischen Hauptstadt Santiago.

Die damals 72-Jährige kämpfte um ein bewaldetes Grundstück namens Reserva Cora Número Uno-A im Namen der Mapuche-Gemeinschaft, deren Anführerin sie war. Julia Chuñil wollte das Land in der Mapuche-Tradition erhalten, die von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Viehzucht geprägt ist, und verhindern, dass ein Forstwirtschaftsunternehmen in das Gebiet vordringt.

Als soziale und ökologische Vorreiterin in der Region machte sich Julia Chuñil Feinde. Laut ihrer Familie erhielt sie Drohungen und Bestechungsversuche, denen sie sich allerdings widersetzte. Die Familie verdächtigt einen regionalen Unternehmer: Er habe sie verschwinden lassen, weil er den Wald abholzen wolle. Die Staatsanwaltschaft hat zwar polizeiliche Ermittlungen angeordnet, doch diese brachten bislang mehr Fragen als konkrete Fortschritte.

EINE GESCHICHTE VOLLER KONFLIKTE

Julia Chuñils Fall beschäftigt viele Menschen in Chile und hat auch ein internationales Medienecho ausgelöst. Er reiht sich ein in die lange Geschichte des Konflikts zwischen dem chilenischen Staat und der Gemeinschaft der Mapuche, der größten Indigenen Bevölkerungsgruppe des Landes. Seit

1990, als die Demokratie eingeführt wurde, setzen sich viele Indigene Anführer*innen in Chile für die Verteidigung ihres Territoriums ein – wie auch Julia Chuñil, die in der Stadt lebte und aufs Land zurückkehrte, um angestammte Mapuche-Gebiete gegen den Holzabbau zu verteidigen. Zeitgleich wurde das Holzgeschäft immer lukrativer, vor allem die Abholzung von Kiefern und Eukalyptusbäumen.

Die Forstwirtschaft ist derzeit der drittgrößte Exportzweig des Landes – nach Kupferbergbau sowie Fischerei und Aquakultur –, was zu einem Rückgang landwirtschaftlicher Flächen führt. Im Jahr 2022 waren in Chile mehr als zwei Millionen Hektar Land für die Holzgewinnung vorgesehen. Dies führt seit Längerem zu direkten Konfrontationen mit Mapuche-Gruppen, die ihre ländliche Lebensweise verteidigen.

Beispielsweise kam es bereits 1997 zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Abholzungsunternehmen seitens Mapuche-Gruppen im Süden Chiles. Polizeieinsätze von links- und rechtsgerichteten Regierungen gleichermaßen ließen die Situation weiter eskalieren. Dutzende Zivilist*innen und Polizist*innen verloren ihr Leben. Zugleich nutzten kriminelle Gruppen aus dem Drogen- und Holzraubmilieu diesen sogenannten „Mapuche-Konflikt“, um ihr illegales Geschäft in den ländlichen Gebieten Chiles aufzubauen. Die Mischung aus Gewalt, Repression und Kriminalität führte dazu, dass in zwei der am stärksten betroffenen Regionen der Ausnahmezustand ausgerufen wurde – also das Militär Sicherheitsbefugnisse erhielt.

GEGENSEITIGES MISSTRAUEN

Gloria Callupe Rain ist Mitglied der Kommission für Frieden und Verständigung, die unter der linksgerichteten Regie-



Foto: picture alliance/Anadolu/Lucas Aguayo Araos

Protestkundgebung gegen das Verschwinden der Mapuche-Anführerin Julia Chuñil in Santiago de Chile im April 2025.

„Erst wenn man die Tiefe des Konflikts und den enormen Schaden, den er angerichtet hat, versteht, wird man erkennen, dass das Mapuche-Volk Wiedergutmachung und keine Bevorzugung fordert.“

zung von Präsident Gabriel Boric geschaffen wurde, um den Dialog mit den Mapuche zu fördern. Die Mapuche-Expertin beschreibt den Konflikt des chilenischen Staats mit seinen Indigenen Völkern als tiefgreifend, historisch bedingt und von gegenseitigem Misstrauen geprägt.

„Gewalt hat viele Ausdrucksformen und hängt auch mit der Beziehung des Staates zum Volk der Mapuche sowie den unzähligen gebrochenen Versprechen zusammen. Wir haben Institutionen, die ihren Aufgaben nicht gerecht werden, und sich über Jahre hinziehende Prozesse, obwohl es um legitime Forderungen wie Landrückgabe und Anerkennung geht. Das führt zu Frustration, Schmerz und Hoffnungslosigkeit, und dann kommt es zu Gewalt“, erklärt sie.

Für Gloria Callupe ist die Geschichte von Julia Chuñil auch die Geschichte der historischen Entrechtung des Mapuche-Volkes. „Erst wenn man die Tiefe des Konflikts und den enormen Schaden, den er angerichtet hat, versteht, wird man erkennen, dass das Mapuche-Volk Wiedergutmachung und keine Bevorzugung fordert.“

NIEMAND SUCHT MEHR NACH JULIA

Karina Riquelme Viveros, Anwältin und langjährige Verteidigerin in Mapuche-Fällen sowie Vertreterin von Pablo San Martín Chuñil, sagt, die einzige Gewissheit, die die Familie der verschwundenen Umweltaktivistin heute habe, bestehe darin, dass „die Suchbemühungen in den vergangenen acht Monaten unzureichend waren“. Die Menschenrechtsanwältin wirft den Ermittlungsbehörden vor, versucht zu haben, Julias eigene Kinder für ihr Verschwinden verantwortlich zu machen. Dabei hätten sie viel naheliegendere Ermittlungsansätze außer Acht gelassen und etwa die ständigen Schikanen, denen Julia Chuñil ausgesetzt war, nicht berücksichtigt.

„Das größte Hindernis sind der Klassismus und der Rassismus der Institutionen, die zunächst nur gegen die Familie ermittelt haben und alle anderen Aspekte außer Acht gelassen haben“, sagt Karina Riquelme Viveros. „Dadurch sind die Chancen gesunken, Julia zu finden.“ Hinzu komme, dass derzeit administrative und finanzielle Gründe dafür angeführt würden, dass bestimmte Ermittlungsmaßnahmen unterblieben, was sie für ungewöhnlich halte.

Sie fügt hinzu, ihr Mandant Pablo San Martín Chuñil befürchte, Opfer einer konstruierten Anklage zu werden. Pablo San Martín Chuñil bestätigt die Aussagen seiner Anwältin. „Für uns als Familie waren diese Monate sehr schwer“, sagt er. „Man hat immer versucht, uns für das Verschwinden meiner Mutter verantwortlich zu machen. Man hat versucht, meiner Schwester die Schuld zu geben. Sie wurde in einen Lieferwagen gesperrt und dazu aufgefordert, sich selbst zu belasten. Es war schrecklich. So ist es sehr schwer, Vertrauen zu haben.“ Die Suche nach seiner Mutter sei bereits eingestellt worden, und die Hoffnung der Familie schwinde – während die Justiz weiterhin keine Antworten gebe.

SOLIDARITÄT IN CHILE UND WELTWEIT

Während die Welt auf den Fall Chuñil blickt, werden Menschen, die sich für Landrechte und die Umwelt einsetzen, weiterhin massiv verfolgt. Laut einem Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisation Global Witness wurden im Jahr 2023 mindestens 196 von ihnen ermordet, 85 % davon in Lateinamerika, vor allem in Kolumbien und Brasilien.

Auch wenn Chile von Ausmaßen wie in diesen Ländern noch entfernt ist, haben gewalttätige Übergriffe auf Aktivist*innen zuletzt zugenommen. Im Jahr 2024 dokumentierte die zivilgesellschaftliche Organisation Escazú 47 Fälle von Menschenrechtsverletzungen gegen Umweltaktivist*innen; etwa die Hälfte davon waren körperliche Angriffe.

„Menschen, die sich für Landrechte und die Umwelt einsetzen, werden weiterhin massiv verfolgt. Laut einem Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisation Global Witness wurden im Jahr 2023 mindestens 196 von ihnen ermordet, 85 % davon in Lateinamerika.“

Escazú unterstützt auch die Angehörigen von Julia Chuñil. Juristisch setzen sie angesichts der fehlenden Fortschritte auf eine Internationalisierung des Falles. So forderte die Interamerikanische Menschenrechtskommission im Juli den chilenischen Staat auf, die Bemühungen zur Suche nach Chuñil zu verstärken.

Auch auf lokaler Ebene wächst die Solidarität mit der Familie. Javier del Río Richter ist Sprecher der „Kordinierungsgruppe für Julia Chuñil“, einer von vielen spontan gegründeten Zusammenschlüssen, die Julia und ihre Familie unterstützen möchten. Er berichtet, dass die Gruppe jeden Donnerstag um 18 Uhr in der Stadt Concepción mit einer Demonstration auf den Fall aufmerksam macht. „Damit zeigen wir der Familie, dass sie nicht allein ist, dass wir mehr sind, die für ihre Mutter, für ihre Großmutter, für Julia kämpfen“, sagt Javier del Río Richter. Über Social Media stehe man in Kontakt mit anderen Unterstützergruppen, auch außerhalb Chiles, etwa in Mexiko, Spanien, Argentinien und Brasilien, wo der Fall ebenfalls Interesse geweckt habe.

Diese Zeichen der Zuneigung helfen Julia Chuñils Familie, den Schmerz zu ertragen. Auch sie können aber die Fragezeichen, die dieser Fall aufwirft, nicht ausräumen. „Wir wollen nur, dass diese Tortur ein Ende hat, dass die Justiz ihre Arbeit macht, dass keine Unschuldigen mehr beschuldigt werden und dass der wahre Verantwortliche für das Verschwinden meiner Mutter gefunden wird“, sagt Pablo San Martín Chuñil.



JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA

ist ein chilenischer Journalist und lebt in Concepción.

cisternafigueroa@gmail.com

INDIGENE MEDIZIN

Wertvolles Wissen, das bewahrt werden muss

Die Massai wissen, wie man Malaria mit Rinde behandelt. Wie viele andere Indigene Völker verfügen sie über ein immenses medizinisches Wissen. Doch dieses Wissen und die gesamte Lebensweise der Massai gehen wegen profitgetriebener Zwangsumsiedlungen verloren.

VON LAWRENCE KILIMWIKO



Für die Massai ist die Erde die ultimative Quelle des Lebens.

Traditionelle Medizin wird von Indigenen Gemeinschaften in Afrika seit Anbeginn der Menschheit praktiziert. Lange vor dem Aufkommen der modernen Medizin linderten sie Schmerzen und Krankheiten mit Pflanzen, Kräutern, Tierorganen, Wurzeln, Blättern und Erde.

Die ethnobotanische Forschung in Tansania und Kenia zeigt, dass die Massai – die in beiden Ländern beheimatet sind – und viele andere Indigene Gemeinschaften über fundiertes Wissen zu den die Heilpflanzen in ihrer Umgebung verfügen. Als Viehhirt*innen mit umfassender Kenntnis ihrer Umwelt verwenden die Massai eine Vielzahl von Pflanzen und Kräutern, um ihre eigenen Krankheiten und die ihres Viehs zu behandeln. Dazu gehören unter anderem:

- Grünherzbaum (*Warburgia ugandensis*): Ein Sud aus der Rinde wird zur Behandlung fieberhafter Erkrankungen, insbesondere Malaria, und als allgemeines antimikrobielles Mittel verwendet.
- Wurmrindenbaum (*Albizia anthelmintica*): Traditionell zur Entfernung von Darmparasiten verwendet. Die Wurzeln werden gekocht und gegessen. Manchmal wird die Rinde bei Malaria-Symptomen oder als Salzersatz verwendet.
- Mantelpflaume (*Pappea capensis*): Massai-Krieger verwendeten traditionell einen Aufguss aus der Rinde als reinigendes Tonikum für das Blut und zur Unterstützung der Genesung nach Blutverlust.

Weitere beliebte Heilpflanzen der Indigenen Bevölkerung Tansanias sind der Tamarindenbaum (*Tamarindus indica*) und der Affenbrotbaum, auch Baobab genannt (*Adansonia digitata*). Tamarinde wird zur Behandlung einer Vielzahl von Krankheiten eingesetzt, darunter Magen-Darm-Beschwerden, Halsschmerzen, Verstopfung, allergische Dermatitis und Cholera. Das getrocknete Fruchtfleisch der Baobab-Frucht ist reich an Ascorbinsäure, während die Blätter Vitamin C, Zucker, Kalium, Weinsäure und Kalzium enthalten. Das Fruchtfleisch wird gegessen, für erfrischende Getränke eingeweicht und als Konfitüre konserviert, während die Rinde zu Seilen, Matten und Körben verarbeitet wird.

GANZHEITLICHE HEILUNG

Das medizinische Wissen der Massai ist Teil ihrer ganzheitlichen, spirituell geprägten Weltanschauung, in der die Erde die ultimative Quelle des Lebens ist. Sie versorgt sie nicht nur mit Nahrung, Wasser und Heilpflanzen für sich selbst und ihr Vieh, sondern auch mit heiligen Pflanzen für Rituale sowie mit Begräbnisstätten und Orten, an denen die Geister ihrer Vorfahren wohnen. Regen und natürliche Zyklen sind integraler Bestandteil dieser Weltanschauung.

Diese Beziehung ist nicht nur bei den Massai zu finden. Fast alle der rund 120 Indigenen Gemeinschaften Tansanias nutzen Wälder für medizinische Zwecke und schützen sie aktiv. Wissenschaftler*innen weisen darauf hin, dass die traditionelle Medizin in afrikanischen Indigenen Gemeinschaften im Gegensatz zur modernen Medizin den Menschen als Ganzes behandelt und physische, kulturelle, psychologische und andere Aspekte des menschlichen Wohlbefindens berücksichtigt.

Für die Massai sind Leben, Gesundheit, Krankheit und Heilung somit untrennbar mit ihrer Umwelt verflochten. „Medikamente zum Schutz wirken innerhalb ihres Lebensumfelds“, schreibt Aidan Msafiri vom Kilimanjaro Consortium for Development and Environment EcoPlus (KCDE).

BEDROHTE LEBENSWEISE

Die traditionelle Lebensweise der Massai, einschließlich ihrer naturheilkundlichen Medizin, ist jedoch gefährdet. Die tansanische Regierung hat unter dem Vorwand des Naturschutzes einen Plan ausgearbeitet, bis 2027 zehntausende Massai aus ihrem angestammten Land im Ngorongoro-Schutzgebiet im Norden Tansanias umzusiedeln. Viele sehen darin einen Versuch, den Tourismus anzukurbeln. Die Region ist für ihre atemberaubende Landschaft und Tierwelt bekannt.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat die Regierung bereits Tausende Massai in ein etwa 600 Kilometer entferntes Dorf umgesiedelt, wo sie Häuser, Ackerland und moderne Infrastruktur erhalten. HRW kritisiert, dass die betroffenen Massai-Gemeinschaften weder in die Planung einbezogen waren noch eine freie, informierte und vorab eingeholte Zustimmung hätten geben können.

„Für die Massai sind Leben, Gesundheit, Krankheit und Heilung untrennbar miteinander verbunden und eng mit ihrer Umwelt verflochten.“

Christopher Ole Sendeka ist ein erfahrener Massai-Parlamentarier. Seiner Meinung nach verletzen diese Maßnahmen die Lebensweise der Gemeinschaft, die so eng mit der Wildnis verflochten ist, dass beide nicht voneinander getrennt werden können.

Soksi Ole Ngitika ist ein Dorfältester aus dem kleinen Ort Kayapus in Oldugai, Ngorongoro. Er behauptet, dass die Massai die höchste Lebenserwartung in Afrika hätten. Seiner Ansicht nach hätte die Regierung eher versuchen sollen, vom Sozialgefüge der Massai zu lernen, um dem gesamten Land in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu nutzen, anstatt sie zu entwurzeln. „Wir haben in unserem natürlichen Lebensraum immer mit wilden Tieren gelebt, wir leben immer noch dort und wir wollen dort weiterhin leben.“ Ngitika zufolge sind für Entwicklung auch solide kulturelle Grundlagen nötig. Er hält es für falsch, Indigenen Gruppen abzusprechen, ihren Beitrag dazu leisten zu können.

Die Vertreibung der Massai droht, jahrhundertlang gewachsene traditionelle Heilpraktiken auszulöschen, die eng mit ihrer einzigartigen Umwelt verbunden sind. Auch wenn

die Rückkehr zu traditioneller Ernährung und Medizin in einigen Teilen der Welt zu einem Trend geworden ist – Google Arts & Culture hat eine ganze Ausstellung mit dem Titel „Healing the Maasai Way“ –, findet die traditionelle Medizin nicht genügend Beachtung, insbesondere in den Heimatländern Indigener Gemeinschaften. Einrichtungen, die sie fördern, betreiben oft nicht nachhaltige Erntepraktiken. Darüber hinaus gibt es beispielsweise in Tansania keine wirksamen rechtlichen Rahmenbedingungen oder Strategien zum Schutz der traditionellen Medizin.

Mit der Vertreibung der Massai aus ihren angestammten Gebieten sieht die Zukunft dieses Wissens um Heilpflanzen und -praktiken düster aus. Die Vertreibung trennt diese Gemeinschaften nicht nur von ihren Vorfahren, sondern wird von vielen als das Ende ihrer Welt empfunden.



LAWRENCE KILIMWIKO

ist Journalist, Autor und Kommunikationsberater. Er lebt in Dar es Salaam, Tansania.

lkilimwiko@yahoo.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/
company/d-c-development-
and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website dandc.eu hin.



REPARATIONEN

Gerechtigkeit nach dem Genozid

Erst 2015 hat die deutsche Regierung anerkannt, dass der Krieg gegen Indigene Gruppen in der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika in einem Völkermord gipfelte. Schätzungsweise 75 % der Ovaherero, die Hälfte der Nama und eine unbekannte Anzahl der Damara und San wurden getötet. Bis heute haben die Nachfahren der Opfer weder eine angemessene Entschädigung von Deutschland erhalten, noch wurden sie ausreichend in Versöhnungsprozesse einbezogen. Das ist beschämend – und kein Einzelfall, wenn es um Verbrechen gegen Indigene Völker weltweit geht.

VON HENNING MELBER UND JEPHTA NGUHERIMO

Das Schuldeingeständnis seitens einer Kolonialmacht war das erste seiner Art. Es folgten Verhandlungen zwischen der deutschen und der namibischen Regierung, um die Vergangenheit aufzuarbeiten. Vor vier Jahren wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Als Reaktion auf massive Proteste in Namibia, die diese Erklärung als unzureichend kritisierten, nahm die namibische Regierung die Verhandlungen jedoch wieder auf. Mitte 2025 waren die Gespräche noch nicht abgeschlossen.

In einem parallelen Prozess reagierte Deutschland auf den Druck von Nachfahren der Opfer und deutschen postkolonialen Initiativen. Die Regierung arbeitete mit Institutionen zusammen, um menschliche Überreste aus der Kolonialzeit zu suchen und zu identifizieren; darunter Museen, die sich der grausamen Hinterlassenschaften in ihren Kellern bewusst waren.

Tausende Schädel und andere Körperteile – auch aus anderen Kolonien wie Ostafrika – wurden nach Massakern an Indigenen Gruppen, die sich gegen die ausländische Besatzung gewehrt hatten, nach Deutschland gebracht. Ein-

ge der Schädel gehörten enthaupteten Anführern. In Deutschland wurden sie Gegenstand rassistischer und pseudowissenschaftlicher anthropologischer Studien. Diese sollten eine „zivilisatorische Mission“ rechtfertigen, indem sie die Überlegenheit der „arischen Herrenrasse“, also der Deutschen, propagierten.

RESTITUTION ALS BESCHIEDENER ANFANG

In den Jahren 2011 und 2018 wurden Schädel und andere menschliche Überreste aus Berlin und 2014 aus Freiburg zurückgeführt. Die offiziellen Zeremonien in Berlin waren durch die unzureichende Anerkennung seitens der deutschen Regierung getrübt. Obwohl diese Rückführungen für die Namibier*innen von großer Bedeutung waren und von hochrangigen Delegationen begleitet wurden, handelten einige rangniedrigere Vertreter*innen der deutschen Regierung in respektloser Weise. So verließ beispielsweise Cornelia Pieper, die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, 2011 den Veranstaltungsort, ohne auch nur den Anstand zu haben, den Reden der namibischen Delegation zuzuhören. Das ist alles andere als glaubwürdige Reue.



Im Jahr 2018 fand in Berlin im Rahmen der Rückführung von sterblichen Überresten nach Namibia eine Gedenkfeier statt.

Auch gestohlene Kulturgüter wurden in diesem Zeitraum zurückgeführt. Das Linden-Museum in Stuttgart gab 2019 die Familienbibel und die Peitsche des legendären Nama-Führers Hendrik Witbooi zurück, der 1905 im Kampf gegen die Deutschen fiel. Die Gegenstände waren 1893 während des Hornkranz-Massakers gestohlen worden, das für die Nama den Beginn des Genozids markiert. Das Verfahren und die Einzelheiten der Rückgabe der Gegenstände an die Nachkommen Witboois erwiesen sich jedoch als kompliziert. Der Entwicklungssoziologe Reinhart Kössler vom Arnold-Bergstraesser-Institut für Kulturwissenschaften in Freiburg kommentierte den Prozess: „Die Ansprüche auf Eigentum und Kontrolle seitens des modernen, unabhängigen Staates stehen den Erwartungen und Hoffnungen der Gemeinschaften gegenüber, deren Vorfahren dieser Gegenstände beraubt wurden.“

Im Jahr 2022 gab die Stiftung Preußischer Kulturbesitz 23 gestohlene Objekte zurück. Das Projekt begann 2019 und endete mit der Eröffnung einer Wanderausstellung der Objekte in Windhoek im Juni 2025. Deutsche Kritiker*innen behaupten, dass einige dieser Objekte nicht gestohlen wurden und nicht hätten zurückgegeben werden dürfen. Dies wirft die grundlegende Frage auf, wer die Macht hat, solche Prozesse zu definieren und zu kontrollieren.

SELEKTIVE RÜCKGABE

Eine selektive Rückgabe kann das Ausbleiben echter Reue und Wiedergutmachung für die begangenen Verbrechen nicht kompensieren. Selbst wenn die deutsch-namibische Erklärung – einst als „Versöhnungsabkommen“ bezeichnet – schließlich noch unterzeichnet würde, reicht diese für eine Versöhnung mit den Nachfahren der am stärksten betroffenen Indigenen Gemeinschaften nicht aus. Deren wichtigste Organisationen waren nicht an den Verhandlungen beteiligt.

Letztendlich handelt es sich hierbei um eine Fortsetzung kolonialer Beziehungen. Wie die Nama-Aktivistin Sima Lui-pert gegenüber Al Jazeera betonte: „Kein Geld der Welt kann den angerichteten Schaden jemals vollständig wiedergutmachen. Es geht um Anerkennung.“ Pfarrer Rupert Tjitee Isaac Hambira, ein Nachfahre der Ovaherero in der Diaspora, erklärte auf einer Konferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in diesem Jahr mit dem Titel „Berlin 1884–1885 und der Rassismus gegenüber Schwarzen: Auf der Suche nach einer gemeinsamen antirassistischen ökumenischen Vision“: „Wahre Versöhnung erfordert mehr als symbolische Gesten. Sie erfordert Gerechtigkeit, die in der Wahrheit verwurzelt ist, von Inklusion geprägt ist und durch echte Transformation gestützt wird. Bis ein solcher Prozess verwirklicht ist, werden wir nicht zustimmen.“

Wir werden weiterhin die Legitimität dieser Verhandlungen anzweifeln.“

Die Marginalisierung Indigener Gemeinschaften in Verhandlungen, die sie betreffen, verstößt gegen die Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten Indigener Völker, die 2007 mit Zustimmung Deutschlands und Namibias verabschiedet wurde. Artikel 18 besagt: „Indigene Völker haben das Recht, an Entscheidungsprozessen in Angelegenheiten, die ihre Rechte berühren können, durch von ihnen selbst gemäß ihren eigenen Verfahren gewählte Vertreter mitzuwirken.“ Für die namibische Anwältin Ngutjiuaa Hjarunguru-Kuṭako ist daher jedes Abkommen zwischen den beiden Regierungen nichtig. „Sie verhandeln über ein Volk, das nicht mit am Tisch sitzt“, sagte sie gegenüber der „taz“.

„Letztendlich handelt es sich hierbei um eine Fortsetzung kolonialer Beziehungen.“

WIEDERGUTMACHTUNG UND ERINNERUNG

Die Behandlung der Nachkommen der Opfer des Völkermords an den Ovaherero und Nama ist kein Einzelfall. Viele Indigene Gruppen auf der ganzen Welt wurden systematisch vertrieben, ihrer Rechte beraubt und von ausländischen Mächten ermordet. Und viele haben noch immer keine angemessene Entschuldigung erhalten, geschweige denn eine Entschädigung. Doch genau das brauchen viele Indigene Völker, um ihr kollektives Trauma zu heilen und ihre Identität zu stärken.

In seinem Essay „The Burden of Memory, the Muse of Forgiveness“ verweist der nigerianische Nobelpreisträger Wole Soyinka auf die heilende Trilogie aus Wahrheit, Versöhnung und Restitution. Auf dem Weg durch das Tor der Heilung, das Opfer und Täter*innen gemeinsam passieren müssen, um moralische Symmetrie zu erreichen, ist Restitution der letzte, aber zentrale Schritt. Gurminder K. Bhambra, Professorin für postkoloniale und dekoloniale Studien an der School of Global Studies der University of Sussex, betont in ihrem Essay über die koloniale Weltwirtschaft: „Eine Verteilungsgerechtigkeit, die die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung für den Kolonialismus nicht anerkennt, wird immer unvollständig bleiben. Schlimmer noch, sie wird zu einem Baustein für die Mauern, die die relativ Begünstigten von den Benachteiligten und Ausgeschlossenen trennen und spalten.“

Fragen zu anhaltend asymmetrischen Machtverhältnissen und selektiven Erinnerungen tauchen nicht nur in Verhandlungen zwischen Staaten auf. Sie können auch ein nationales Problem sein. Die Aufarbeitung des Völkermords, den deutsche Kolonialist*innen an Indigenen Gruppen im heutigen Namibia begangen haben, erfordert die direkte Einbeziehung der zuständigen Vertretungen der betroffenen Gemeinschaften, um den besten Weg für eine Wiedergutmachung zu finden. Dies stünde im Einklang mit dem Motto des unabhängigen Namibia von „Einheit in Vielfalt“ und seinem Slogan „Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit“. Stattdessen löste der exklusive Charakter der Verhandlungen zwischen den Regierungen ohne die jeweiligen Vertreter*innen der Indigenen Völker Feindseligkeiten und Ressentiments aus und schürte ethnische Spannungen mit Gemeinschaften, die innerhalb der Regierung mehr Einfluss haben. Das Recht zu beanspruchen, für andere zu sprechen, verweigert den direkt betroffenen Indigenen Gemeinschaften eine Stimme am Verhandlungstisch. Dies ist eine weitere Form des Kolonialismus.

Pfarrer Hambira verweist auf die Pflicht und Verantwortung, „dass das Leiden unseres Volkes bekannt wird, niemals vergessen wird und sich niemals wiederholt“. Die Arbeit der Erinnerung, des Widerstands und der Würde muss „aus einer leidenschaftlichen Liebe zu unseren Vorfahren, unseren Kindern und der Wahrheit“ fortgesetzt werden.



HENNING MELBER

ist Associate am Nordic Africa Institute in Uppsala, Schweden, und Extraordinary Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein.

henning.melber@nai.uu.se



JEPHTA UAVAVAERA NGUHERIMO

ist Autor und Gründer der OvaHerero People's Memorial and Reconstruction Foundation (OPMRF).

jephtha@hotmail.com

KOLUMBIEN

Das Land verteidigen – mit Tradition und Technologie

Für das Volk der Inga ist die kolumbianische Anden-Amazonas-Region weit mehr als nur das Land, auf dem sie leben. Sie verteidigen ihren Lebensraum gegen Klimaschäden, Raubbau an der Natur und Gewalt von außen. Dabei helfen ihnen seit Kurzem auch Open-Source-Technologien.

VON LEONARDO JIMÉNEZ GARCÍA

Mitglieder des
Cabildo „Wairari
Atun Sacha“
erstellen Karten
ihrer Umgebung.



Über 50 Jahre wütete in Kolumbien ein bewaffneter Konflikt – Regierung sowie Guerilla- und paramilitarische Gruppen bekriegten sich um Landrechte sowie wirtschaftliche und politische Macht.

Große Teile der kolumbianischen Amazonasregion galten seitdem als Guerillagebiet. Sie wurden zum Schauplatz von Kämpfen, Vertreibung und Drogenanbau. Für alle, die nicht hier leben, waren diese Zonen lange so etwas wie eine No-Go-Area: ein Kriegsgebiet, in das sich niemand freiwillig begibt.

Die Indigenen Gemeinschaften wiederum, die hier leben, konnten sich dem Konflikt nicht entziehen. Sie gerieten oft zwischen die Fronten, wurden etwa von Regierungseinheiten oder Guerillagruppen verdächtigt, mit deren jeweiligen Gegnern zusammenzuarbeiten. Viele waren von der Außenwelt mehr oder weniger abgeschlossen.

EIN ORT DES INDIGENEN AKTIVISMUS

So auch die Dörfer und Gemeinden im Munizip Santa Rosa. Bis zu einem Friedensabkommen zwischen der Regierung und der damals größten Guerilla, FARC, im Jahr 2016, das

„Das Territorium ist in erster Linie Leben. Es ist unser Zuhause und ein heiliger Ort, ein unendlicher Raum, in dem sich die Menschen entfalten und gemeinsam wachsen können.“

den Konflikt zumindest beruhigte, waren viele der Ortschaften für Außenstehende kaum zugänglich.

Die Region ist reich an natürlichen Schätzen: Santa Rosa liegt in der Anden-Amazonas-Region im Nordosten des Departements Cauca, einem Übergangsgebiet zwischen den Anden und dem Amazonasbecken. Hier treffen Anden-Bergökosysteme, die Überreste des Regenwaldes und wichtige Wassereinzugsgebiete mit großer biologischer Vielfalt aufeinander. Dieser natürliche Reichtum ist jedoch seit Jahrzehnten bedroht – durch staatliche Vernachlässigung, Umweltschäden und den Konflikt.

Nicht nur ist die gesamte „Bota caucana“, wie die Region genannt wird, stark vom Klimawandel betroffen, sie verzeichnet hohe Entwaldung, Bodenerosion, Flussverschmutzung und sinkende Wildtierbestände. Der weiterhin schwelende Konflikt sowie legaler und illegaler Goldabbau brachten zudem Gewalt, Quecksilberschmutzung und soziale Spaltung in die lokalen Gemeinschaften. Die Bewohner*innen der Gemeinden und Ortschaften von Santa Rosa jedoch haben sich nicht unterkriegen lassen – und so ist Santa Rosa heute auch zu einem Ort des Indigenen Widerstands geworden.

BEI LANDRECHTEN GEHT ES UM MEHR ALS GEOGRAFISCHE ABGRENZUNG

Die Indigenen im Gebiet von Santa Rosa gehören zum Volk der Inga. Die Familien leben verstreut auf Parzellen, auf denen sie ihre Häuser, Felder und Wälder haben. Doch sie leben nicht isoliert, sondern pflegen eine kollektive Siedlungsform und leben in solidarischer Gemeinschaft: Das



Eine „Chagra“-Parzelle, auf der die Inga traditionelle Landwirtschaft betreiben.

KOLUMBIEN



Land ist für sie nicht individuelles Eigentum, sondern auch ein Raum der spirituellen und politischen Verbindung mit der Gemeinschaft.

Für die Inga beinhaltet das „Territorium“, auf dem sie leben, weit mehr als nur Land und Boden – es bedeutet Reichtum an natürlichen Ressourcen ebenso wie Gegenseitigkeit, es ist der Kern ihrer Identität und angestammten Wurzeln. Das Territorium ist weder eine Ware noch eine bloße geografische Abgrenzung, sondern ein integraler Lebensraum, in dem Natur, Kultur, Geschichte und Alltagspiritualität zusammenfließen. Hier lebt die traditionelle Medizin weiter, das Wissen der Vorfahren, das Kunsthandwerk und die Mingas, eine Form gemeinschaftlicher Arbeitsgruppen. Dieses kulturelle Erbe wird von Generation zu Generation weitergegeben.

In Santa Rosa fließt noch sauberes Wasser in Bächen und Flüssen, die Luft ist rein, und für Landwirtschaft braucht es nahezu keine Pestizide. Die Inga schätzen ihre Artenvielfalt als ein Geschenk, das die Verantwortung mit sich bringt, die Vielzahl von Vögeln, Heilpflanzen und Wildtieren zu schützen. Doch angesichts der Bedrohungen für ihr Ökosystem und ihre Lebensweise entschieden sie – insbesondere auch die junge Generation –, dass sie politisch aktiv werden müssen.

In der Ortschaft Tarabita gründeten sie vor einigen Jahren den Indigenen Cabildo „Wairari Atun Sacha“, um für ihre Rechte einzutreten. Ihr Ziel: das soziale, kulturelle und ökologische Erbe der Bota Caucana zu schützen.

JUNGE MENSCHEN SETZEN SICH FÜR DEN SCHUTZ DES INDIGENEN ERBES EIN

Die kolumbianischen Cabildos sind Vertretungen Indigener Gemeinschaften gegenüber den lokalen und nationalen Regierungen, die sich autonom organisieren. Der Cabildo Wairari Atun Sacha vertritt die Inga in der Kommunalregierung von Santa Rosa. Er ist Teil der Vereinigung der Indigenen Räte von Santa Rosa und dem Indigenen Regionalrat von Cauca (CRIC) angeschlossen.

Das politische Hauptziel des Cabildo ist, Santa Rosa als angestammtes Gebiet des Inga-Volkes – als offizielles „Indi-

genes Territorium“ – anerkennen zu lassen. Yurani Quinayas, die erste Vertreterin des Cabildo, erklärt: „Das Territorium ist in erster Linie Leben. Es ist unser Zuhause und ein heiliger Ort, ein unendlicher Raum, in dem sich die Menschen entfalten und gemeinsam wachsen können.“

Über die Anerkennung ihres Territoriums möchten die Indigenenvertreter*innen ihre Autonomie absichern, denn Selbstverwaltung und kollektive Fürsorge sind für sie zentral. Die Menschen hier sollen über die Nutzung und den Schutz von Boden, Wasser und Wald gemäß ihrer Weltanschauung entscheiden können. Aufgezwungene Rohstoffprojekte lehnen sie ab, da sie „soziale und wirtschaftliche Disharmonie“ verursachen würden.

Darüber hinaus fordert der Rat unter anderem, dass staatliche und internationale Gelder für den Umweltschutz direkt an die Indigenen Gemeinden fließen sollen, die das Gebiet bewohnen. Umweltschutz ist hier eine kollektive und generationsübergreifende Aufgabe, und so werden alle Jugendlichen über die Bedeutung der Erhaltung des natürlichen Reichtums aufgeklärt.

WIE OPEN-SOURCE-MAPPING BEIM KAMPF FÜR POLITISCHE RECHTE HILFT

2024 hat sich der Cabildo dem internationalen Projekt „Mapeos participativos para una Amazonía sostenible“

(Partizipative Kartierungen für einen nachhaltigen Amazonas) angeschlossen. Das Kartierungsprojekt ermöglicht den Mitgliedern, ihr ganzheitliches Verständnis des Territoriums gegenüber sich selbst und der Welt zu erklären.

Mithilfe von Open-Source-Kartierungstools wie der Weltkarte OpenStreetMap erstellen die Cabildo-Mitglieder seitdem Karten ihres Gebiets, in die ihr traditionelles Wissen einfließt. Sie zeigen die biologische Vielfalt und die Multikulturalität der Bewohner*innen auf; sie machen bereits geschehene Umweltzerstörung ebenso sichtbar wie zukünftige Bedrohungen durch illegalen Bergbau, Abholzung und Klimawandel. Die erste Kartierung beinhaltet spirituelle und kulturelle Orte wie heilige Stätten, alte Chagras (traditionelle Agroforstparzellen) oder Pfade, kommunale Infrastruktur wie Häuser, Feldwege und eine Dorfschule sowie natürliche Ressourcen wie Wasserquellen, Bäche, Wälder und Vogelfauna. Viele dieser lokalen Besonderheiten waren auf offiziellen oder kommerziellen Karten nicht verzeichnet.

„Über die Anerkennung ihres Territoriums möchten die Indigenenvertreter*innen ihre Autonomie absichern, denn Selbstverwaltung und kollektive Fürsorge sind für sie zentral.“

Als „Instrumente der Macht“ bezeichnet die Gemeinde die Kartierungstools, da sie es ihr ermöglichen, die geografischen, kulturellen, ökologischen und politischen Eigenschaften, die ihren Lebensraum prägen, aus ihrer eigenen Perspektive zu dokumentieren. Bei der Erstellung der Karten werden sie von Sozialwissenschaftler*innen unterstützt.

Ein Jahr nach Beginn verwalten die Mitglieder des Cabildo nun ihre eigenen georeferenzierten Informationssysteme. Sie helfen ihnen, Risiken durch Waldbrände oder Erdbeben zu erkennen und sich besser daran anzupassen – was angesichts des Klimawandels dringend nötig ist. Das Niederschlagsaufkommen ändert sich, die Temperaturen und die ökologische Verwundbarkeit steigen.

Vor allem aber geben die Karten den Inga in Santa Rosa politische Argumente an die Hand. Durch die Markierung der Verschmutzungs- und Degradationsgebiete auf der Karte konnten sie beispielsweise die kritischen Quecksilberschmutzungsstellen im Einzugsgebiet des Flusses Caquetá lokalisieren, die durch nahegelegenen Bergbau

verursacht werden. Ebenso konnten sie die durch Viehzucht und Holzwirtschaft beschädigten Waldgebiete dokumentieren sowie isolierte Weiler identifizieren, die keine Straßenanbindung oder grundlegende Versorgung haben.

Die Visualisierungen liefern der Gemeinde Argumente und konkrete Belege für ihre Forderungen gegenüber den Umweltbehörden und anderen öffentlichen Institutionen. Sie kann nun georeferenzierte Daten vorlegen, die ihre Argumente untermauern. Auch kann der Cabildo seine Naturschutzprojekte bei wissenschaftlichen Einrichtungen und Umweltorganisationen besser bekannt machen.

Für die Gemeindemitglieder sind die gemeinsam erstellten Karten ein Instrument, um ihr Territorium zu verteidigen und ihren Indigenen Lebensplan zu gestalten. Fernando Quinayas, der „Líder Gobernador“ und damit oberste Vertretung des Cabildo, erklärt: „Ein Kartografieprojekt im Amazonasgebiet kann nicht losgelöst von den historischen Kämpfen der Indigenen Völker um Selbstbestimmung betrachtet werden. Es geht um weit mehr als nur Kartografie: Es gab uns die Möglichkeit, lokales Wissen aufzubauen, mit Verwurzelung, Zuneigung und Würde.“



LEONARDO JIMÉNEZ GARCÍA

ist Berater für Kommunikationsprozesse für sozialen Wandel und Dozent für Kommunikationsnarrative sowie Methoden der Sozialforschung. Er ist Leiter des Forschungszentrums POMOTE (Centro de Estudios con Poblaciones, Movilizaciones y Territorios, POMOTE) an der Universidad Autónoma Latinoamericana (UNAUCLA) in Medellín, Kolumbien.

info@leonardojimenezgarcia.com



Foto: Katja Dombrowski

Transport auf dem Río Beni: Die Bewohner*innen von Asunción de Quiquibey verkaufen ihre Produkte auf dem Markt in Rurrenabaque.

INDIGENE RECHTE

Gold, Erdgas, Landnahme

Bolivien, das sich selbst als plurinationalen Staat bezeichnet, gilt als Vorreiter bei Indigenen-Rechten. Besonders bekannt sind die bolivianischen Andenvölker. Sie machen allerdings nur einen Teil der Indigenen Völker des Landes aus. Andere sehen sich vernachlässigt – und fürchten um ihre Existenz.

VON KATJA DOMBROWSKI

Drei Stunden dauert die Bootsfahrt von Rurrenabaque, einer Kleinstadt am Fluss Río Beni im bolivianischen Tiefland, zum Dorf Asunción de Quiquibey. Der Río Beni ist die einzige Verkehrsader hier – Straßen gibt es nicht, die Dörfer am Ufer sind nur über den Fluss erreichbar.

Bolivien ist als Andenland bekannt, doch das täuscht: Fast die Hälfte der Landesfläche macht die „Amazonía“ aus, wie

das tropische Tiefland genannt wird. Die größte Regenwaldregion der Welt, das Amazonasgebiet, beginnt direkt hinter den Anden. Der bolivianische Teil macht 6,6 Prozent der gesamten Fläche von 6,7 Millionen Quadratkilometern aus. Asunción de Quiquibey ist eines von insgesamt 23 Dörfern im Gebiet Pilon Lajas, das doppelten Schutzstatus genießt: als UNESCO-Biosphärenreservat und als vom bolivianischen Staat anerkanntes Indigenen-Territorium. Hier

leben zwei indigene Gruppen zusammen: die Mosestén und die Tsimané. Ihre Häuser stehen im Wald verstreut auf Stelzen. Sie leben vom Wald und vom Fluss sowie von ein wenig Landwirtschaft für den Eigenbedarf. Fließendes Wasser, Strom oder Mobilfunkempfang gibt es in dem abgelegenen Gebiet nicht. Gekocht wird auf Holzfeuer in einer großen, offenen Gemeinschaftsküche. Dort befindet sich auch die Trinkwasserversorgung des Dorfes: Das Wasser kommt aus einer Quelle, die einige Kilometer entfernt ist, per Leitung hier an.

STAATLICHE LEISTUNGEN ERREICHEN PILÓN LAJAS KAUM

Bolivien sieht sich als Vorreiter, wenn es um die Rechte Indigener Völker geht. Unter Präsident Evo Morales, dem ersten Indigenen Staatsoberhaupt des Landes, wurde 2009 eine neue Verfassung verabschiedet. Die Kultur und Sprache von 36 verschiedenen Indigenen Ethnien sowie die Rechte der Natur – der Mutter Erde – werden darin anerkannt. Im selben Jahr wurde auch die offizielle Landesbezeichnung angepasst zu „Estado Plurinacional de Bolivia“ – Plurinationaler Staat Bolivien. Der Name sollte Programm sein.

Seitdem ist einiges passiert: Während der Amtszeit von Evo Morales halbierte sich die extreme Armut, die Einkommensungleichheit sank, die öffentliche Bildung und die Gesundheitsversorgung wurden ausgebaut.

Bei Gesprächen mit den Bewohner*innen von Asunción de Quiquibey wird jedoch schnell klar, dass sich die Mosestén und Tsimané vom bolivianischen Staat ziemlich alleingelassen fühlen. Von den 36 Völkern, die in Bolivien anerkannt sind, leben 32 im Amazonasgebiet. Theoretisch haben sie alle das Recht auf Bildung in ihrer Muttersprache. Doch in der Schule in Asunción de Quiquibey findet der Unterricht, wenn überhaupt, auf Spanisch statt. Bis der Staat ausreichend Lehrkräfte ausgebildet hat, um in allen Sprachen des Landes – die im Übrigen alle als Amtssprachen anerkannt sind – zu unterrichten, ist es noch ein sehr weiter Weg.

Zweites Beispiel: Strom. Erklärtes Ziel des Staates ist es, alle Bürger*innen mit Strom zu versorgen. Wo eine Anbindung ans Netz schwierig bis unmöglich ist, verspricht der Staat In-sellösungen mit Sonnenenergie. Solarpaneele für jedes Haus – darauf warten sie in Asunción de Quiquibey bisher vergeblich. Auch die staatliche Gesundheitsversorgung reicht nicht bis hierher: Wenn jemand ernsthaft krank wird, bleibt nur der Weg mit dem Boot nach Rurrenabaque; schnelle Hilfe gibt es im Notfall nicht. Eine Frau erzählt von häuslicher Gewalt. Auch da zeigt sich die Abwesenheit des Staates: Hilfe von außen gibt es bei derartigen Problemen nicht.



Dabei ist Asunción de Quiquibey mit seiner relativen Nähe zur Stadt noch gut angebunden. Sonntags fahren die Bewohner*innen zum Markt nach Rurrenabaque und verkaufen dort die Produkte, die sie anbauen, wie Bananen, Mais und Yuca. Die meisten anderen der Indigenen-Dörfer in Pilón Lajas sind wesentlich weiter abgelegen. Die Bewohner*innen leben abgeschieden und verlassen ihr Dorf nur selten. „Die Menschen dort sind viel ärmer, und sie haben viel schlechteren Zugang zu Versorgung“, sagt Alex Oscar Chad Lurizi von SERNAP (Servicio Nacional de Áreas Protegidas), der staatlichen Behörde, die sich um die Schutzgebiete kümmert.

WIE LANGE ES SO WEITERGEHEN KANN, IST UNKLAR

„Wir sind 28 Familien im Dorf“, sagt Lucía Canare, mit 57 Jahren eine der ältesten Frauen im Ort. Sie hat 12 Kinder zwischen 10 und 40 Jahren. Vier leben noch bei ihr, die großen haben das Dorf verlassen. Viele junge Bewohner*innen ziehen weg, nach Rurrenabaque oder La Paz zum Beispiel, auf der Suche nach Arbeit.

Das Leben hier sei ruhig, und was sie anbauen, reiche aus, sagt Lucía Canare. Doch wie lange es noch so weitergehen werde, sei unklar. Die Indigenen fühlen sich in ihrer Lebensweise bedroht – vor allem durch Dinge, die außerhalb ihrer Reichweite liegen, die mit Macht und Geld zu tun haben. Und auch hier vermissen sie die Unterstützung des Staates.

Das eine Thema ist der Goldabbau. Im bolivianischen Amazonasgebiet wird Gold mit Hilfe von Quecksilber gewonnen. Und auch wenn die Goldminen außerhalb des Schutzgebietes liegen, am Río Kaka zum Beispiel, vier Stunden per Boot von Asunción de Quiquibey entfernt, kommt das Quecksil-

ber dennoch hier an. Die Menschen nehmen es vor allem über Fische auf, ein Grundnahrungsmittel der Flussanwohner*innen. Studien zeigen, dass die Menschen der Region ein Vielfaches dessen im Organismus haben, was von der Weltgesundheitsorganisation als unbedenklich angesehen wird. Der Körper kann das Schwermetall nicht abbauen, es lagert sich immer mehr an. Unter anderem schädigt es das zentrale Nervensystem; es kann zu Haarausfall führen, zum Erblinden und zu vielen weiteren Problemen.

„Von den 36 Völkern, die in Bolivien anerkannt sind, leben 32 im Amazonasgebiet.“

Auch bei den Menschen in Asunción haben Wissenschaftler*innen Haarproben genommen. Die Dorfbewohner*innen kennen ihren Quecksilberwert, und sie haben Angst vor den Folgen. Und was tut der Staat? „Da herrscht totales Schweigen“, sagt Chad Lurizi von SERNAP. Die Behörden gingen weder gegen den Einsatz von Quecksilber vor, noch kümmerten sie sich um die gesundheitlichen Folgen.

Die andere große Angst hat mit einem gigantischen Infrastrukturprojekt zu tun, das seit Langem geplant, aber bisher nicht umgesetzt ist: Der bolivianische Staat will ein riesiges Wasserkraftwerk mit zwei Komponenten am Río Beni bauen, mit einer Gesamtkapazität von 3676 Megawatt. Die Pläne für das Projekt namens „El Bala“ reichen bis in die 1950er-Jahre zurück. Dass es bisher nicht gebaut wurde, ist vor allem dem vereinten Widerstand der Indigenen Völker der Region zu verdanken. Die mit Abstand größere Komponente, genannt „Chepete“ und rund 70 Kilometer flussaufwärts von Rurrenabaque gelegen, soll laut dem staatlichen Stromversorger ENDE (Empresa Nacional de Electricidad) eine 183 Meter hohe Staumauer erhalten. Der so entstehende Stausee würde eine Fläche von 680 Quadratkilometern überschwemmen und wäre der zweitgrößte See Boliviens nach dem Titicacasee. Die zweite Komponente, „Bala“, mit einem Laufwasserkraftwerk, 13,5 Kilometer von Rurrenabaque entfernt, würde laut ENDE bis zu weitere 93 Quadratkilometer betreffen.

Für die Indigenen stellt das Wasserkraftwerk eine existenzielle Bedrohung dar. Ihren Vertreter*innen zufolge würden mehr als 5000 Menschen aus sechs Indigenen Gruppen ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage verlieren, unter ihnen auch die Bewohner*innen von Asunción de Quiquibey, das im Überflutungsgebiet liegt. Und wo sollten die Menschen dann hin? Es wäre das Ende ihrer Völker, so die

Befürchtung, denen nach und nach der Lebensraum genommen wird. Noch besteht immerhin die Hoffnung, dass „El Bala“ nie gebaut wird.

DIE BEDROHUNG KOMMT VON VIELEN SEITEN

Doch auch die Bodenschätze, die in Pilón Lajas lagern, wie Gold und Erdgas, bereiten den Einwohner*innen Sorge. „Nicht nur Leute aus Bolivien, auch ausländische Firmen, zum Beispiel aus Venezuela und China, haben Anträge gestellt, um sie auszubeuten“, sagt Clever Clemente Caimany aus Asunción de Quiquibey. Er ist Mitglied im Consejo Regional Tsimane Mosesten (CRTM) Pilón Lajas, einer Vereinigung, die für den Erhalt der Biodiversität und den Schutz der Rechte der Ureinwohner*innen des Gebiets kämpft.

Eine weitere Bedrohung stellt die Landnahme dar. Menschen aus anderen Regionen Boliviens migrieren ins Tiefland und roden dort Wald, um Ackerfläche zu gewinnen. Davon bleiben auch die Schutzgebiete nicht verschont. Die Regierung des Movimiento al Socialismo (MAS), die noch bis Anfang November 2025 im Amt ist, drückt dabei oft ein Auge zu: Sie versteht sich zwar als Anwalt der Indigenen, aber dazu zählen eben insbesondere auch die Andenbewohner*innen, die in das Amazonasgebiet kommen. Und irgendwo müssen diese ja ihren Lebensunterhalt bestreiten, wenn die Bergwerke keine Arbeit mehr bieten, Wasserquellen ausgetrocknet oder verseucht sind und die Landwirtschaft, die dort schon immer schwierig war, kaum noch das Überleben sichert. So nehmen die Indigenen aus dem Hochland Lebensraum der Indigenen im Tiefland ein.

Letztere glauben klar zu erkennen, welche Gruppe bevorzugt wird: Wenn es politisch um die Rechte der Ureinwohner*innen Boliviens geht, seien stets die aus den Anden gemeint, die große Mehrheit der Quechua und Aymara – nicht die kleinen Völker im Amazonasgebiet, die sich selbst als vom Aussterben bedroht ansehen.



KATJA DOMBROWSKI

ist Journalistin mit entwicklungs-politischem Schwerpunkt und ehemalige Redakteurin von E+Z. Von August 2022 bis Januar 2025 arbeitete sie im Auftrag des Weltfriedensdienstes e.V. in Bolivien. Die Recherche für diesen Text fand im Rahmen dieser Arbeit statt.

kd@katja-dombrowski.info



© Roman

E+Z jetzt auch als App!

Mit unserer neuen App haben
Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download: dandc.eu/de/app

